



Astrid Séville

»THERE IS NO ALTERNATIVE«

Politik zwischen Demokratie und Sachzwang



campus

»There is no alternative«

Astrid Séville, Dr. phil., ist Akademische Rätin auf Zeit am Lehrstuhl für Politische Theorie der Ludwig-Maximilians-Universität München.

© Campus Verlag GmbH

Astrid Séville

»There is no alternative«

Politik zwischen Demokratie und Sachzwang

Campus Verlag
Frankfurt/New York

© Campus Verlag GmbH

ISBN 978-3-593-50788-0 Print
ISBN 978-3-593-43722-4 E-Book (PDF)

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Trotz sorgfältiger inhaltlicher Kontrolle übernehmen wir keine Haftung für die Inhalte externer Links. Für den Inhalt der verlinkten Seiten sind ausschließlich deren Betreiber verantwortlich.

Copyright © 2017 Campus Verlag GmbH, Frankfurt am Main

Umschlaggestaltung: Campus Verlag GmbH, Frankfurt am Main

Gesetzt aus: Garamond

Druck und Bindung: CPI buchbücher.de, Birkach

Gedruckt auf Papier aus zertifizierten Rohstoffen (FSC/PEFC).

Printed in Germany

www.campus.de

© Campus Verlag GmbH

Inhalt

Einleitung	9
1. Demokratietheoretische Problematisierung	17
2. Methodischer Ansatz	26
3. Fallauswahl und Vorgehen.....	32
4. Forschungsstand.....	36

Prolog – <i>One best way</i> : Schelskys Modell des technischen Staats.....	49
1. Sachzwang als Kennzeichen des technischen Staats	53
2. Sachlichkeit und Demokratieskepsis.....	66
3. Auf der Suche nach Freiheit und Selbständigkeit im Betreuungsstaat	71
4. Die reale Verwissenschaftlichung und der Wandel des Sachzwangbegriffs	76
5. Fazit und Ausblick: Das Phantasma einer besten Lösung.....	82

Drei symptomatische Diskurse:

Alternativlosigkeitsrhetorik als Regierungsstrategie

I. Thatcherismus: Die antagonistische Rhetorik der Alternativlosigkeit.....	89
1. Weichen für eine britische Rhetorik der Alternativlosigkeit.....	92
1.1 Die doppelt funktionale Geschichte des <i>postwar consensus</i>	92
1.2 Intervention und Modernisierung: Britische Politik der 1960er und 1970er Jahre	98
1.2.1 Wegmarken der Planung und Regulierung	98

1.2.2 Edward Heaths U-turn und der Topos der Unregierbarkeit	103
1.3 Symbolischer Paradigmenwechsel: Der <i>Winter of discontent</i> als Gelegenheitsfenster einer neoliberalen Politik	108
2. Thatcherismus: Ein politisches Projekt.....	115
2.1 TINA und »conviction politics«: Ein Monopol der Geltungsansprüche.....	122
2.2 Moralistischer Populismus: Alternativlosigkeit im Namen des <i>common sense</i>	127
2.3 Autoritärer Populismus: Nationalismus und Ordnung.....	134
3. Alternativlosigkeit als Regierungsstrategie.....	139
3.1 TINA als Rhetorik des Westminster-Parlamentarismus	140
3.2 TINA als Regierungsstil	143
3.3 Exekutive und zentralistische Politik als Reformziel.....	146
3.4 Die paradoxe Staatstätigkeit in einer Politik des <i>Laissez-faire</i>	149
4. Liberaler Nährboden, neoliberale Radikalisierung?	154
4.1 Thatcher als »ideological entrepreneur« neoliberaler Theorie	158
4.2 Ein wirkmächtiges Amalgam: Neoliberalismus und Tugendappelle.....	166
5. Zwischenfazit: Alternativlosigkeit als <i>one right way</i>	169
II. New Labour: Die inklusive Rhetorik der Alternativlosigkeit.....	177
1. Der Kurswechsel Richtung New Labour.....	182
2. Blair als »Thatcher without a Handbag«? Das politische Projekt New Labours.....	192
2.1 Sozialdemokratie unter neuem Vorzeichen	196
2.2 Die Ökonomisierung des Sozialen in der Wissensgesellschaft	200
2.3 »Changed realities«: Das Narrativ der Globalisierung.....	207
2.4 Alternativlose Modernisierung: Politik in der »Juggernaut-Modernity«.....	216
3. Strategie und Praxis: Regieren im Namen der Alternativlosigkeit	226

3.1 Politik aus Einsicht: Expertise und Betroffenheit	231
3.2 Leadership für »one nation«.....	234
3.3 Zwischen Pragmatismus und Überzeugung.....	238
3.4 Die Politik der Depolitisierung: Die Reform der <i>Bank of England</i>	243
4. Die ideellen Ressourcen des Third Way.....	250
4.1 Anthony Giddens als Guru New Labours.....	252
4.2 Kommunitarismus als Brückenkonzept.....	258
5. Zwischenfazit: Alternativlosigkeit als <i>one necessary way</i>	262
 III. Politik in der Eurokrise: Die krisenstrategische Rhetorik der Alternativlosigkeit.....	271
1. Politik in der Europäischen Union zwischen Instrumentalisierung, Effizienz und Demokratie.....	278
1.1 Regieren mit und in der EU.....	279
1.2 Der Topos des demokratischen Defizits	287
1.3 Alternativlosigkeit als Effekt von Governance-Strukturen?.....	293
1.4 Die Wirtschafts- und Währungsunion als Horizont von Sachzwängen.....	302
1.5 Die Trennung von Geld- und Fiskalpolitik als Governance-Problem	309
1.6 Die EZB oder: Technokratischer Monetarismus in <i>normal times</i>	314
2. Die Finanz-, Staatsschulden- und Eurokrise: Der Staat als <i>Ulysses bound</i>	321
2.1 Krisenpolitisches Durchwurschteln im Namen der Alternativlosigkeit.....	327
2.2 Ad-hoc-Technokratisierung als Krisenstrategie	342
2.3 Technokratie und Expertokratie	349
2.4 Die EZB als Krisenakteur und die Macht der Rhetorik im Finanzmarktkapitalismus.....	356
2.5 Coping durch Experimente in Echtzeit?.....	363
2.6 Die Strukturähnlichkeit von Alternativlosigkeit und Notstand als Begründungsnarrative	368

3. <i>Framing</i> und <i>Blaming</i> : Distinkte TINA-Narrative in Europa	372
3.1 Dispositionen für den Krisendiskurs in Frankreich	378
3.2 Dispositionen für den Krisendiskurs in Großbritannien.....	384
3.3 Dispositionen für den Krisendiskurs in Deutschland.....	388
4. Fallbeispiel Deutschland: TINA als »Politik der Schonung« und die Strategie der Machtverschleierung	392
5. Zwischenfazit: Alternativlosigkeit als <i>one experimental way</i>	403
 Schlussbemerkung.....	 413
1. Die demokratietheoretische Dimension der Alternativlosigkeit.....	420
2. Rationalisierung als Phantasma in der Demokratie	423
3. Ein Ausblick: Demokratische Governance und <i>muddling through</i>	428
 Literatur	 431
Danksagung.....	471

Einleitung

»There is no alternative to austerity.«¹

»These are exceptional measures for exceptional times.«²

Seit politische Akteure³ auf die Krise der Finanzmärkte und der Eurozone mit einer Rhetorik reagierten, die Alternativlosigkeit und Sachzwang als Entscheidungsgrundlage bemühte, diskutieren wir dieses Phänomen als ein Symptom problematischer Demokratie- und Politikverständnisse sowie de facto eingegrenzter politischer Handlungsspielräume in Zeiten der Globalisierung und eines in die Krise geratenen Finanzmarktkapitalismus. Sowohl Vertreter internationaler Organisationen, europäischer Institutionen als auch nationalstaatlicher Regierungen verwiesen auf Handlungszwänge, Notwendigkeiten und auf die Ausnahmesituation der Krise, um zu kommunizieren, dass der Raum des politisch Sag- und Machbaren wenn nicht demokratischen, parlamentarischen Entscheidungen entzogen, dann doch erheblich eingeschränkt gewesen sei. Das sogenannte *TINA-Prinzip*, bei dem TINA als Akronym für »there is no alternative« steht, hatte in den letzten Jahren als Krisenrhetorik Konjunktur.

Auf den ersten Blick mag diese Rhetorik die zeitdiagnostischen Thesen einer Entdemokratisierung bzw. Entpolitisierung,⁴ eines postpolitischen Zeitalters⁵ und eines Wandels liberaler Demokratien zu postdemokra-

1 Vgl. Le Monde, Selon Christine Lagarde, »il n'y a pas d'alternative à l'austérité«, 02.05.2013.

2 Barroso, Statement at the Press Conference following the Meeting of the Heads of State or Government of the Euro Area, 27.10.2011.

3 In der vorliegenden Arbeit wird aus Gründen besserer Lesbarkeit darauf verzichtet, bei der Denomination von Akteuren und Akteursgruppen die weibliche Form zu ergänzen. Wenn nicht anders gekennzeichnet, sind Akteure unabhängig ihres Geschlechts einbezogen.

4 Vgl. beispielhaft Benz, Postparlamentarische Demokratie?; von Blumenthal, Auswanderung aus den Verfassungsinstitutionen; Michelsen/Walter, *Unpolitische Demokratie*; Hay, *Why we hate Politics*; Embacher: *Demokratie! Nein danke?*; Burnham: New Labour and the Politics of Depoliticisation; Flinders/Buller, Depoliticisation.

5 Vgl. Hang, *Transparenzgesellschaft*, S. 15. Ulrich Beck spricht von einer neuen »Subpolitik«; vgl. Beck, Die Erfindung des Politischen, S. 156. Giddens erkennt eine Politik jenseits

tischer Fassadenpolitik⁶ bestätigen. Politische Akteure scheinen der Möglichkeit freier, kontroverser und institutionell entschleunigter Willensbildungsprozesse beraubt, Regierungsoptionen wirken eingeschränkt und demokratische Gestaltungs- und Handlungsspielräume immer kleiner. Politik wird vermeintlich zu einer Verwaltung wirtschaftlicher Sachzwänge degradiert und steckt in einer »golden straightjacket«.⁷ Tatsächlich steht der Nationalstaat in der seit 2008 kaum bewältigten, sondern weiterhin schwellenden Krise und im »strukturellen Kontext«⁸ der Globalisierung unter Druck; der politische Regelungsbedarf ist angesichts »gesellschaftlicher Denationalisierung«,⁹ internationaler Verflechtung und wachsender wirtschaftlicher Interdependenz nicht länger auf ausschließlich nationaler Ebene bzw. in nationalen Parlamenten zu bewältigen. Populistischen Versuchungen zum Trotz sind Protektionismus und nationale Abschottung mit erheblichen Kosten verbunden und oftmals erst durch konfliktbeladene Aufkündigungen internationaler Verträge denkbar.

Neben temporären ökonomischen Krisen steht Politik stets vor der Herausforderung, die Konsequenzen ökonomisch-technischer und soziokultureller Entwicklungen zu bewältigen und gesellschaftlichem Wandel zu begegnen. Dem demokratischen Wohlfahrtsstaat drohen hierbei Steuerungsprobleme. Doch die Diagnosen solcher Steuerungsprobleme und einer Krise der Demokratie sind seit jeher ein integraler Bestandteil der Demokratietheorie und das goldene Zeitalter vor der heutigen »Postdemokratie« eine retrospektive Chimäre.

Auch die Diskussion um diffundierende Souveränität und schwindende Handlungskapazitäten des Nationalstaats im Zeitalter der Globalisierung begleitet schon seit Ende der 1990er die sozialwissenschaftliche Forschungsdebatte. Während auf der einen Seite Autoren seit Jahren routiniert

Links und Rechts; vgl. Giddens, *Beyond Left and Right*. Kritisch zu diesem »postpolitischen« Geist Mouffe, *Über das Politische*, S. 64; vgl. zur Diskussion auch das Heft Postdemokratie?, APuZ, 1–2, 2011.

6 Crouch, *Postdemokratie*; Rancière, *Das Unvernehmen*. Dabei meint der programmatische Begriff Postdemokratie bei Crouch: »Während die demokratischen Institutionen formal weiterhin vollkommen intakt sind [...], entwickeln sich politische Verfahren und Regierungen zunehmend in eine Richtung, die typisch war für vordemokratische Zeiten.« Crouch, *Postdemokratie*, S. 13. Zur Diskussion des Begriffs als gescheiterte politische Programmformel vgl. Buchstein/Nullmeier, Einleitung. Die Postdemokratie-Debatte; Richter, Das Analysemuster der »Postdemokratie«.

7 Friedmann, *The Lexus and the Olive Tree*.

8 Jessop, Die (Un)Logik der Globalisierung, S. 343.

9 Zürn, *Regieren jenseits des Nationalstaates*.

das »Ende der Politik«, das »Ende der Demokratie« und das »Ende des Wohlfahrtsstaats« ausrufen,¹⁰ suchten andere diese Unkenrufe und Abgesänge auf demokratisches, nationalstaatliches Regieren empirisch zu entkräften.¹¹ Sowohl die pessimistische als auch die optimistische Globalisierungsforschung stimmt freilich darin überein, dass insbesondere die wirtschaftliche Globalisierung politische Gestaltungs- und Handlungsspielräume formt: Regierungen müssen angesichts des wachsenden internationalen Handels, des Zuwachses an ausländischen Direktinvestitionen, der gestiegenen Bedeutung der globalisierten Finanz- und Kapitalmärkte sowie transnationaler Konzerne und Unternehmenskooperationen einen schwierigen Mittelweg zwischen ökonomisch effizienten Outputs und dem Bemühen um soziale Gerechtigkeit und demokratischen Input finden. Nationalstaaten verfügen nicht länger über dieselben wirtschaftspolitischen Instrumente zur makroökonomischen Steuerung wie im »embedded liberalism«.¹²

Das staatliche Handlungsrepertoire bedarf vielmehr einer »strategischen Erweiterung«,¹³ zumal weiterhin Reform- und Handlungsspielräume gegenüber einem scheinbar alternativlosen Wirtschaftsdiktat bestehen. Weder sind die Staatseinnahmen in Folge eines »race to the bottom« eklatant gesunken,¹⁴ noch ist die Staatstätigkeit massiv zurückgegangen¹⁵ oder eine allgemeine Konvergenz finanz- und steuerpolitischer Parameter¹⁶ und

10 Guéhenno, *Das Ende der Demokratie*, Butterwegge, *Krise und Zukunft des Sozialstaates*; jüngst aus journalistischer Feder: Kurbjuweit, *Alternativlos*.

11 Vgl. dazu: Scharpf/Schmidt (Hg.), *Work and Welfare in the Open Economy*; Hay, *Re-stating Social and Political Change*; Swank, *Withering Welfare?*; Wagschal, Handlungsoptionen des Nationalstaats im internationalen Steuerwettbewerb.

12 Vgl. Polanyi, *The Great Transformation*; vgl. auch Ruggie, *Embedding Global Markets*. Die »eingebetteten Märkte« der 1950er, 1960er Jahre kennzeichnete unter anderem, dass Staaten eigene Währungen hatten, deren Abwertung sie als Instrument zur Kompensation von Verlusten von Wettbewerbsfähigkeit nutzen konnten. Innenpolitisch hatten Nationalstaaten so mehr Spielraum, da sozialpolitische Maßnahmen, bzw. Konzessionen nicht automatisch außenwirtschaftlich sanktioniert wurden.

13 Grande, *Die politische Kontingenz der Globalisierung*, S. 190.

14 Vgl. Genschel, *Der Wohlfahrtsstaat im Steuerwettbewerb*; Wagschal, *Steuerpolitik und Steuerreformen im internationalen Vergleich*; vgl. Grande, *Die politische Kontingenz der Globalisierung*, S. 194.

15 Vgl. Swank, *Withering Welfare?*; Wagschal, Handlungsoptionen des Nationalstaats im internationalen Steuerwettbewerb; Gamble, *The Free Economy and the Strong State*.

16 Allerdings konvergieren im Feld der Körperschaftssteuer Steuersätze im Zuge der Globalisierung. Vgl. Grande, *Die politische Kontingenz der Globalisierung*, der auf die

gesellschaftlicher, kultureller Diskurse und Praktiken in westlichen Nationalstaaten zu beobachten. Globalisierung bzw. Denationalisierung bergen Chancen neuer Gestaltungsoptionen und neuer Politikspielräume jenseits des Nationalstaats.¹⁷

Der gegenüber Ambivalenzen und Paradoxien blinden Deutung von Globalisierung und einem internationalen Kapitalmarkt als unbedingter Einschränkung des politischen Handlungsspielraums stehen daher Studien gegenüber, die zum einen die weiterbestehenden Handlungskapazitäten in Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik herausarbeiten, zum anderen die Perzeption und politische Konstruktion von »Realitäten« und »Sachzwängen« wie Globalisierung betonen.¹⁸ Der »politische Raum«¹⁹ ist selbst Objekt politikwissenschaftlicher und politischer Debatten – *Sach- und Handlungszwänge sind selbst Gegenstand politischer Deutung und Gestaltung.*

Jene Debatten sind keineswegs abgeschlossen oder entschieden, im Gegenteil: Die Diskussion um nationalstaatliche Handlungskapazitäten im »disembedded liberalism« aktualisiert und verschärft sich durch die Wahrnehmung, dass sich zuletzt das europäische Krisenmanagement nicht durch prozedural-demokratische, parlamentarisch-deliberative und ergebnisoffene Willensbildung und Entscheidungsfindung auszeichnete. Die Mitgliedstaaten der Eurozone koordinierten sich mit dem Ziel einer transnationalen fiskalischen Konsolidierung und schränkten mittels europäischer Vereinbarungen und Regelwerke wie Stabilitäts- und Wachstumspakt oder Fiskalpakt nationale, politische Handlungsspielräume zunehmend ein.

Ließ etwa der damalige Wahlerfolg der griechischen Linkspartei Syriza im Januar 2015 die Forderung nach einem Schuldenschnitt aufflammen, kommentierte dies der deutsche Finanzminister Wolfgang Schäuble noch vor einem Zusammentreffen mit dem Ministerpräsidenten Alexis Tsipras mit: »Diese Frage stellt sich nicht.«²⁰ Demokratische Wahlerfolge werden schließlich mit Blick auf Reaktionen des internationalen Finanzmarkts

Studie von Zohnhöfer, *Globalisierung der Wirtschaft und finanzpolitische Anpassungsreaktionen in Westeuropa* verweist.

17 Beck, *Was ist Globalisierung?*; ders. (Hg.), *Politik der Globalisierung*; Habermas, *Die postnationale Konstellation*.

18 Vgl. Hay/Marsh, Introduction: Demystifying Globalization; Hay/Rosamond, Globalization, European Integration and the Discursive Construction of Economic Imperatives.

19 Greven, *Die politische Gesellschaft*, S. 90.

20 Vgl. Schäuble, zitiert nach: Handelsblatt, Wolfgang Schäuble zu Tsipras, 16.01.2015.

diskutiert. Im Einfluss des globalisierten Finanzmarktkapitalismus auf staatliches Handeln konkretisiert sich die diffuse Perzeption von Internationalisierung und Globalisierung als Bedrohung. Abermals im Sinne einer Depotenzierung demokratischer Verfahren kritisiert daher Wolfgang Streeck die politische Konstellation innerhalb der Europäischen Union (EU) zu Beginn des 21. Jahrhunderts als »neoliberalen Konsolidierungsstaat«.²¹ In diesem seien Bürger einer technokratischen Regierungsweise unterworfen; Demokratie und mit ihr Ansprüche auf soziale Gerechtigkeit würden »durch Märkte domestiziert«.²² Da Politik in »eine[r] marktgerechte[n] Zwangsjacke«²³ stecke, gelte es für Wähler, sich kapitalistischen Verteilungsergebnissen zu fügen. Wirtschafts- und Verteilungspolitik erscheine nunmehr als »ein kompliziertes Tauziehen zwischen globalen Finanzinvestoren und souveränen Nationalstaaten«,²⁴ bei dem Handlungsoptionen durch ökonomische Handlungszwänge begrenzt seien.

Streecks Verdikt erklingt als ein politökonomisches Echo auf die neo-marxistische Kapitalismus- und die pessimistische Globalisierungsforschung – und reproduziert zugleich manche Selbstbeschreibungen des Banken- und Finanzsektors. Auch dessen Vertretern zufolge haben sich die Macht- und Entscheidungsverhältnisse gravierend verändert. Alan Greenspan, 1987 bis 2006 Vorsitzender der US-Notenbank, erklärte 2007 – also vor der Wahl Donald Trumps –, dass es nahezu einerlei sei, wer zum amerikanischen Präsidenten gewählt werde, denn »[...] die Welt wird durch Marktkräfte regiert«.²⁵ Wie kommt es also zu der behaupteten Gleichzeitigkeit einer womöglich technokratischen Konstellation und eines Marktdiktats, das als *alternativlos* kommuniziert wird? Gibt es eine Wahlverwandtschaft zwischen einem als *neoliberal* inkriminierten Wirtschaftsdenken und technokratischen, demokratieaversen Politikansätzen, die sich in der Rhetorik von Sachzwang und Alternativlosigkeit manifestiert? Eine Viel-

21 Vgl. Streeck, *Gekaufte Zeit*, insbesondere S. 141–225.

22 Ebd., S. 163.

23 Ebd., S. 164.

24 Streeck, Die Krise des demokratischen Kapitalismus, S. 11. Die Konfliktlinie verlaufe nun zwischen Staaten und Finanzinstitutionen, die zuvor die Sozialisierung der Schulden erpresst hätten. Vgl. ebd.

25 So Greenspan im Zürcher Tages-Anzeiger vom 19.09.2007, zitiert nach Thielemann, Das Ende der Demokratie, S. 820. Hans Tietmeyer, von 1993 bis 1999 Präsident der Deutschen Bundesbank, hatte in den 1990ern »bisweilen den Eindruck, dass sich die meisten Politiker immer noch nicht darüber im Klaren sind, wie sehr sie bereits heute unter der Kontrolle der Finanzmärkte stehen und sogar von diesen beherrscht werden«, Tietmeyer, zitiert nach ebd.

zahl sozialwissenschaftlicher Forscher wie auch Bürger begreift schließlich die TINA-Rhetorik als symptomatisch für die Institutionalisierung und Implementierung jenes Politikansatzes, der politischer Steuerung und Intervention skeptisch bis kritisch gegenübersteht. Alternativlosigkeit gilt als *Mantra des Neoliberalismus*, da seit Margaret Thatcher hiermit eine Politik der Liberalisierung und Ökonomisierung gerechtfertigt werde.

Doch die politische Kampfvokabel Neoliberalismus bleibt bis heute kontrovers, denn der Begriff leidet an seiner konzeptionellen Überdehnung und ideologischen Instrumentalisierung. Um sich mit diesem zeitdiagnostisch wichtigen, aber politisch aufgeladenen Begriff wissenschaftlich auseinanderzusetzen zu können und Missverständnissen vorzubeugen, bedarf es zuerst seiner Konkretisierung. Neoliberalismus soll verstanden werden als eine ostentative Affirmation des freien Marktes, die auf der Annahme individueller Freiheit und begrenzter Staatstätigkeit basiert und davon ausgeht, dass menschliches Handeln, sofern es frei ist, rationalen, eigen-nützigen Motivationen folgt und sich auf einem durch Wettbewerb organisierten Marktplatz zu behaupten sucht.²⁶ Der Markt gilt als effizienter Mechanismus zur Allokation knapper Ressourcen, daher ist ein weltweites Regime freien Handels und freien Kapitalverkehrs erstrebenswert. Da der Staat nur eine Schiedsrichterfunktion erfüllen und über das freie Marktgeschehen wachen soll, werden ein keynesianisches Nachfragemanagement abgelehnt und eine angebotsorientierte Wirtschaftspolitik präferiert. Leistungen des Wohlfahrtsstaats, die Anreize setzen, sich Marktgesetzen zu entziehen, sollen zugunsten von Arbeitsmarktflexibilität und Kostenwettbewerb abgeschafft werden; öffentliche Güter können und sollen zur Effizienzsteigerung Marktmechanismen unterworfen werden, weil eine privatindustrielle Finanzierung von Projekten der öffentlichen Hand als nützlich gilt.²⁷

Teilt man weder diese Annahmen noch die neomarxistischer politischer Ökonomie, geschweige denn die Hybris der Finanzindustrie, bleibt als triviale Feststellung, dass sich politische Akteure in ihren Regulierungsbemühen gegenüber Marktakteuren und Kapitaleignern sowohl inhaltlich-strategisch über *Policies* als auch institutionell und international mittels

26 Diese Arbeitsdefinition entstammt dem brillanten Werk Stedman Jones, *Masters of the Universe*, S. 2.

27 Vgl. zu dieser Charakterisierung des Neoliberalismus Hay, *The normalizing role of rationalist assumptions in the institutional embedding of neoliberalism*, S. 507f.

Kooperation, Integration und Governance positionieren müssen.²⁸ Angesichts erhöhter Kapitalmobilität sowie der steigenden Vergleichbarkeit und Bedeutung von Produktionsfaktoren wird der Spagat zwischen sozialpolitischer und wirtschaftlicher Regulierung und kapitalfreundlicher Wettbewerbs- und Wirtschaftspolitik immer diffiziler. Innenpolitische Entscheidungen haben außenwirtschaftliche Konsequenzen, was aber keinem apodiktischen Diktat der internationalen Ökonomie gleichzusetzen ist.

Indes entpuppte sich der Staat in der nach 2008 manifesten Krise als handlungspotenter Akteur, der aktiv in das Marktgeschehen eingriff, so dass bisweilen eine »Rückkehr des Staats« diagnostiziert wurde.²⁹ Im Zuge der Krise mussten Banken und Staaten gerettet sowie die europäische Wirtschafts- und Währungsunion mittels Milliarden schwerer Pakete stabilisiert werden. Auf der einen Seite symbolisierten Konjunkturprogramme, Wachstumspakete oder Abwrackprämien einen ungeahnten »Rettungskeynesianismus«,³⁰ auf der anderen Seite wurden Sparpolitik und Austerität als *alternativos* bezeichnet. Wie steht es folglich um eine demokratische Politik zu Krisenzeiten, wenn Akteure mit Verweisen auf Notwendigkeit, Sachzwänge und Alternativlosigkeit ihre – zuweilen widersprüchlichen – politischen Entscheidungen begründen?

Die politikwissenschaftliche Forschung lehrt uns, die Diagnose einer Ohnmacht der Politik und einer konsistent neoliberalen Ausrichtung zu Beginn des 21. Jahrhunderts zu hinterfragen. Falls also nicht zu konstatieren ist, dass der globalisierte Finanzmarktkapitalismus politische Willensbildung und Entscheidungsfindung verunmöglicht und Demokratietheorie zu einem Glasperlenspiel degradiert, dann wäre zu fragen, ob sich in einer TINA-Rhetorik und im Krisenmanagement *genuin politische* Interessen und Governance-Muster manifestieren. Ein strategischer Verweis auf Alternativlosigkeit kann nämlich angesichts real bestehender Handlungsspielräume einerseits Politik- bzw. Reformblockaden und Entscheidungsunfähigkeit verdeutlichen, andererseits demokratische Akteure bei Entschei-

28 Der *Governance*-Begriff erweitert im Gegensatz zu einem staatszentrierten *Government*-Begriff die Perspektive auf nicht-staatliche Akteure und Organisationen. Er nimmt sowohl nicht-hierarchische Formen politischer Regelung als auch Koordination und Kooperation zwischen staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren in den Blick und verweist auf eine zunehmende Interdependenz gesellschaftlicher Teilbereiche und internationaler Ebenen. Politisches Handeln ist komplexer geworden. Vgl. Grande, *Governance-Forschung in der Governance-Falle?*

29 Vgl. Schimank, »Vater Staat: Ein vorhersehbares Comeback.

30 Streeck, *Gekaufte Zeit*, S. 27, 81.

dungen von Legitimationsballast entlasten. Wie ist also das Verhältnis von bestehenden und kommunizierten Handlungsspielräumen? Aus welchem Grund kommunizieren politische Akteure Notwendigkeiten, Handlungszwänge, Imperative und Notstände, wenn uns doch Machiavelli schon in seinen 1531 posthum erschienenen *Discorsi* lehrte: »Kluge Männer machen sich immer ein Verdienst aus ihren Handlungen, auch wenn sie allein die Notwendigkeit dazu zwingt«?³¹ Da Ordnung weder als natürlich noch göttlich vorgegeben, sondern als menschliches Artefakt zu begreifen sei, das es zu stabilisieren gelte, erklärte Machiavelli, dass Politik auf Kontingenz reagieren müsse – der richtige, bei Machiavelli virtuose Umgang mit *fortuna* wurde zum Erfolgskriterium politischer Herrschaft und Gestaltung.

Da sich Politiker gerade durch ihren jeweiligen Standpunkt gegenüber politischen Handlungsmöglichkeiten profilieren können, müsste eine Verschleierung von Handlungsalternativen ihrem eigenen Interesse an politischer »Virtuosität« widersprechen – erst recht, wenn sich in modernen parlamentarischen Demokratien Parteien gegenüberstehen, die sich mindestens in polarisierenden »Positions-Issues« aus rationalen Gründen des Parteienwettbewerbs unterscheiden sollten.³² Im 21. Jahrhundert sind wir schon lange keine Bürger des florentinischen Stadtstaates mehr; umso mehr gilt es, die Rationalität bzw. die Logik hinter der politischen und kommunikativen TINA-Strategie zu erhellen. Im vorliegenden Werk werden daher die *politische Funktion*, die *argumentative Struktur* der Rhetorik von Alternativlosigkeit und Sachzwang sowie ihre spezifische *Verquickung mit politischen Entscheidungen* untersucht und gefragt, ob und inwiefern Sachzwang und Alternativlosigkeit als Strategien und Semantiken politischer und gesellschaftlicher Selbstkommunikation interpretiert werden können.

31 Machiavelli, *Discorsi*, I. Buch, 51. Kapitel: »Ein Freistaat oder ein Alleinherrscher muss sich den Anschein geben, als täte er aus Großmut, wozu ihn die Notwendigkeit zwingt.«

32 Vgl. zu diesem Begriff aus der Wahlforschung Stokes, *Spatial Models of Party Competition*, S. 170–176. *Positions-Issues* sind zu unterscheiden von allseits geteilten Valenz-Issues. Parteien teilen beispielsweise das politische Ziel »Frieden«, streiten aber über militärische, respektive humanitäre Interventionen. Politische Agenden bestehen größtenteils aus *Valenz-Issues*.

1. Demokratietheoretische Problematisierung

Auf der einen Seite findet sich jene gesellschaftlich wirkungsmächtige Kontroverse um eine Entmachtung demokratischer Akteure, auf der anderen Seite diagnostiziert ein Strang der Politischen Theorie eine unhintergehbare Politisierung moderner Gesellschaften. Die moderne Gesellschaft sei durch eine signifikante Ausweitung des »Entscheidungs-, Interventions- und Bedeutungsraum[s] der Politik«,³³ durch eine »Fundamentalpolitisierung« und somit durch ein zunehmendes Kontingenzbewusstsein gekennzeichnet.³⁴ Politik steht in der modernen Gesellschaft vor einer nahezu allumfassenden Kompetenzzuweisung: Das Volk kommuniziert stetigen Handlungsbedarf an das politische System, während zeitgleich die Grenzen bzw. Herausforderungen der Handlungsfähigkeit von Politik diagnostiziert werden. Bürger adressieren simultan zur Beobachtung einer »diffundierenden Staatlichkeit«, bei der ein Staat nicht länger als »Herrschaftsmonopolist«, sondern als »Herrschaftsmanager« agiert,³⁵ ihre politischen Forderungen an eben diesen Nationalstaat, der paradoxerweise Hauptakteur politischer Regulierung bleiben soll und auch bleibt.³⁶

Infolgedessen ist zu fragen, ob politische Akteure eine Rhetorik der Sachzwänge und Alternativlosigkeit als Strategie gegenüber einer zunehmenden Entkernung politischer Souveränität einsetzen, während sich gleichzeitig die Ansprüche an politische Lösungen erhöhen. Politische Akteure sind nicht so ohnmächtig wie befürchtet, aber auch nicht so mächtig wie häufig angenommen wird. Als eine Hypothese lässt sich daher formulieren, dass mittels der TINA-Rhetorik und mit dem Verweis auf Zwänge von außen die Diskrepanz zwischen Könnensbehauptung und

33 Greven, *Kontingenz und Deziision*, S. 26.

34 Michael Greven spricht von der »politischen Gesellschaft«, André Kieserling vom »Politismus der Moderne«. Vgl. Greven, *Die politische Gesellschaft*; Kieserling, *Die Gesellschaft der Politik?*.

35 Genschel/Zangl, *Metamorphosen des Staates*.

36 Dies parallelisiert eine Beobachtung von Hanspeter Kriesi und Edgar Grande, die dieses Phänomen als das politische Paradox der Globalisierung benennen: Wenngleich die Konfliktlinie zwischen Gewinnern und Verlierern der Globalisierung heterogen und nicht eindeutig ist und immer neu und anders artikuliert wird, wird die Debatte auf nationaler Ebene ausgetragen. Vgl. Kriesi/Grande, *Nationaler politischer Wandel in entgrenzten Räumen*.

tatsächlicher Handlungsfähigkeit zu überbrücken oder zu kaschieren versucht wird. Für den Historiker Willibald Steinmetz ist es

»[...] eine Paradoxie der modernen, auf periodische Zustimmung der Regierten angewiesenen Politik, dass sie die aufklaffende Lücke zwischen Kompetenzanspruch und Grenzerfahrung nicht offen benennt, sondern durch symbolische Kompetenzdemonstration und rhetorische Trostformeln zu überdecken sucht.«³⁷

Doch stellt diese Strategie sogleich einen demokratietheoretischen Forschungsgegenstand dar, dessen Problematisierung dem Vorwurf, mit der TINA-Rhetorik werde ein doch alltäglicher, trivialer Mechanismus der politischen Sprache aus normativ-demokratietheoretischer Präpotenz skandalisiert oder pathologisiert, entgegen gehalten werden kann.

Rekapituliert man nämlich die Definition Niklas Luhmanns, so ist die Aufgabe des politischen Systems »das Bereithalten der Kapazität zu kollektiv bindendem Entscheiden«.³⁸ Entscheidungen sind Kommunikationsakte, die Kontingenz reflektieren und thematisieren.³⁹ Politische Entscheidungen folgen keiner ahistorischen, transzendentalen Logik, sondern einer Wahl aus alternativen Handlungsmöglichkeiten in einem ergebnis- und prozessoffenen Verfahren. Aufgrund ihrer performativen Dimension sind politische Verfahren ergebnisoffen, sodass am Ende eine Entscheidung anders hätte getroffen werden können, gar die ganze politische Ordnung eine andere hätte sein können. Zu Ende gedacht, ist Demokratie selbst kontingent.

Will man, beispielsweise mit dem Althistoriker Christian Meier, das Politische als eine Gleichursprünglichkeit von Demokratie und Kontingenzbewusstsein verstehen,⁴⁰ wäre die Behauptung von Sachzwängen, Alternativlosigkeit und Notwendigkeit gegen Kontingenz als Signum demokratischer Politik gerichtet. Sachzwang und TINA kontrastierten dann als eine mögliche Kontingenzbewältigungs- oder –verdrängungsrhetorik politischer Akteure das für das Politische konstitutive Bewusstsein von Kontingenz, wobei der abstrakte Kontingenzbegriff im konkreten politischen Kontext weniger prätentios eine »explizite öffentliche Wahr-

37 Steinmetz, *Das Sagbare und das Machbare*, S. 383.

38 Luhmann, *Die Politik der Gesellschaft*, S. 84; Hervorhebungen im Original entfernt.

39 Entscheidungen »thematisieren [...] ihre eigene Kontingenz«, so Luhmann, *Soziale Systeme*, S. 338. Kontingent bei Luhmann »ist etwas, was weder notwendig ist noch unmöglich ist; was also so, wie es ist/war, sein wird/sein kann, aber auch anders möglich ist«. Ders., *Soziologische Aufklärung* 2, S. 171.

40 Meier, *Die Entstehung des Politischen bei den Griechen*.

nehmung der Offenheit und Gestaltbarkeit gesellschaftlicher Entwicklung, vor allem aber als Pluralisierung und Diversifizierung der formulierten und prinzipiell als legitim betrachteten Optionen gesellschaftlicher Entwicklung«⁴¹ bedeuten soll.

Dank Politisierung und eines Möglichkeits- bzw. »Könnensbewusstseins«⁴² *kann* entschieden werden, doch *muss* auch entschieden werden, ohne dass die soziale Geltung und Verbindlichkeit einer Entscheidung auf Wahrheit, Fatum oder andere, metaphysische, transzendente Determinismen rekurrieren kann.⁴³ Die kollektive Verbindlichkeit von Entscheidungen kann in pluralistischen Gesellschaften nicht über die allgemeine »Anerkennung von Wahrheitsansprüche[n]«⁴⁴ hergestellt werden, sondern erwächst aus rechtsstaatlich verfassten politischen Institutionen und Verfahren. Demokratisch zustande gekommene Kompromisse oder Mehrheitsentscheidungen können keinen Anspruch auf universale Richtigkeit und Wahrheit erheben. Demzufolge wird in der vorliegenden Arbeit Demokratie als eine kontingenzsensible Institutionalisierung eines politischen Experimentalismus begriffen, bei dem politische Entscheidungen als politisch codiert werden und als fallibel gelten müssen. Sie sind eben nur mit Vorbehalt richtig. Mit Entscheidungen sind auch die für die Entscheidungen und politische Zielsetzungen vorgebrachten Argumente fallibel; sie beruhen auf einem relationalen Wissen und Deutungen, die angesichts kontingenter Ereignisse und Entwicklungen anpassbar und gegebenenfalls revidierbar sein müssen.

Transparenz, Zurechenbarkeit und die Möglichkeit, Entscheidungen spätestens qua Regierungswechsel zu revidieren, sind Kernelemente moderner parlamentarischer, liberaler Demokratie. Aus Perspektive eines solchen Demokratieverständnisses lassen sich der politische Rekurs auf Sachzwänge und die TINA-Strategie als ein *Problem* beurteilen, da die Invisibilisierung von Kontingenz, Optionalität und Vorbehalten mit der Verschleierung einer Reversibilität von Entscheidungen einhergeht. Die – wenn auch nur strategische – Erklärung, dass eine politische Entscheidung unter Zwang und unter Druck gefallen sei, gefährdet demokratische Verfahren im gleichen Maße wie die Etikettierung einer Entscheidung als

41 Blatter, Kontingente Kritik auf der Basis einer komplexen Theorie der reflexiven Demokratie, S. 207.

42 Vgl. Meier, *Die Entstehung des Politischen bei den Griechen*.

43 Vgl. dazu Greven, *Kontingenz und Deziision*, S. 62.

44 Lübke, *Deziisionismus*, S. 162.

einzig vernünftige oder moralisch gebotene Entscheidung Protest und Widerspruch als potenziell irrational oder illegitim diskreditiert. Auch die Entscheidung, *nicht* zu handeln, weil kein Handlungsspielraum vorhanden sei oder bestehende Reformblockaden bzw. -pfade nicht verändert werden sollen, entspringt einem politischen Ermessen.

Mittels TINA-Rhetorik kommunizierte Entscheidungen verfügen also über eine Aura des Entrückten, des Unumgänglichen und damit des Nicht-Revidierbaren. Folglich ist die Sprache des Sachzwangs und der Alternativlosigkeit keine genuin demokratische Sprache. TINA-Rhetorik erschwert eine legitime Kontestation und trägt der immanenten parteipolitischen Handlungslogik innerhalb parlamentarischer Systeme nicht Rechnung. Im Verhältnis von Opposition und Regierung soll Dissens produziert werden. Dadurch wird zum einen die Komplexität und Kontingenz einer demokratischen Ordnung gesteigert, zum anderen werden Handlungsspielräume thematisiert, Reversibilität eingeklagt und Alternativen sichtbar.⁴⁵ Demokratische Herrschaft zeichnet aus, dass sich selbst zu hinterfragen ihr nicht mehr Geltung zu nehmen vermag, als sie auch aus sich generieren kann.

Eine Opposition untergräbt folglich nicht die kollektive Verbindlichkeit von Entscheidungen der parlamentarischen Mehrheit, sondern steigert diese; sie fungiert als Legitimitätsverstärker, da überstimmte Bürger ihre politischen Belange weiterhin im parlamentarischen Willensbildungsprozess repräsentiert sehen und auf einen Politikwechsel warten und hoffen können. Demokratie ist, so die minimalistische Konzeption von Adam Przeworski, »a system in which parties lose elections«.⁴⁶ Was aber, wenn Politik im Namen von TINA selbst eine Abwahl der Regierung als Gelegenheitsfenster von Wandel, Veränderung und Revision konterkariert?

Suggeriert die Alternativlosigkeitsrhetorik, dass auch die damit brüskierte Opposition politische Entscheidungen, Normen oder Ordnungen nicht länger hinterfragen oder revidieren könne oder solle, kann dies zu Frustration, Politikverdrossenheit und einem Abwandern parlamen-

45 Da es also vor allem die Aufgabe einer Opposition ist, politische Alternativen aufzuzeigen, konzentriert sich die Analyse von TINA-Rhetorik auf Regierungen mit ihren Akteuren als zentrale Agenda-Setzer und als neuralgische Stelle im *Policy-Making*.

46 Vgl. Przeworski, *Democracy and the Market*, S. 10; ders., *Minimalist Conception of Democracy*. Dieser argumentiert, dass konsensorientierte Demokratietheorien schlichtweg an der Praktikabilität scheiterten, egal ob sie von einem apriorischen Vernunftbegriff oder von Deliberation ausgehen, sofern Konsens unversöhnliche Konflikte innerhalb der Gesellschaft nicht lösen könne. Vgl. ders., *Democracy and the Market*, S. 15–18.

tarischer Opposition in außerparlamentarische Foren oder in eine Erneuerung und Radikalisierung von Opposition, beispielsweise in rechts- bzw. linkspopulistischen Formationen, führen. Der Eindruck, die für Wahlverhalten instruktiven Unterschiede und Streitpunkte würden durch (womöglich oktroyierte) Sachzwänge oder durch eine Dominanz von *Valenz-Issues* substituiert, untergräbt Parteienwettbewerb – es gibt vorgeblich nichts mehr zu entscheiden, zu wählen. TINA-Rhetorik kann, so die demokratietheoretische Pointe, mittel- und langfristig zu einer Entfremdung zwischen Bürgern und Politik und gar zu einer Destabilisierung der Demokratie führen. Daher plädieren Autoren wie Chantal Mouffe für ein *agonales* Verständnis von Demokratie, das Alternativen explizit thematisiert und politische Konflikte positiv als irreduzibel anerkennt.⁴⁷

Das hier vertretene, normative Verständnis demokratischer Handlungslogik unterschreitet allerdings das Kriterium einer immanent agonalen Demokratie. Die Analyse verschiedener TINA-Diskurse und distinkter Funktionen kann nämlich zeigen, dass Alternativlosigkeitsbehauptungen nicht zwingend einer Intention der Entagonalisierung entspringen, sondern Fallibilität, Unsicherheit und Kontingenz auf verschiedene Weise zu bearbeiten, verschleiern oder einzuhegen suchen. So ist auch Agonismus als Modus demokratischer Politik ein möglicher, aber nicht zwingend notwendiger Modus.

Demokratische Kommunikation müsste, so könnte schließlich aus der hiesigen Perspektive eingefordert werden, Semantiken der Vorläufigkeit und der politischen, parlamentarischen Entscheidung mobilisieren. Die *Pluralität* politischer Optionen, also letztlich Kontingenz und Komplexität müssen, wenngleich sie legitimerweise als eine Zumutung von Reflexivität, Unsicherheit und Orientierungslosigkeit empfunden werden können, ausgehalten werden; ihre politische Bearbeitung darf nicht in Apodiktik, Rationalitäts- oder Wahrheitsversprechen und Sicherheitssuggestionen umschlagen, die Politiker permanent unterlaufen und damit Politikskepsis Vorschub leisten. Die offene Reflexion von Kontingenz sowie das Verständnis von Demokratie als Institutionalisierung eines politischen Experimentalismus ist die paradoxe Voraussetzung politischen Vertrauens in modernen, säkularen Demokratien.

Allerdings steht diese demokratietheoretische und normative Problematisierung von TINA-Rhetorik vor Schwierigkeiten: Versuche, den Raum

47 Mouffe, *Über das Politische*; Laclau/Mouffe, *Hegemony and Socialist Strategy*; Connolly, *Identity/Difference*; Honig, *Political Theory and the Displacement of Politics*.

des politisch Sag- und Machbaren einzugrenzen und Optionalität zu verschleiern, können sicherlich durch offene Debatten um Alternativen enttarnt, konterkariert oder gar durch Skandalisierung und Politisierung verhindert werden. Gegen TINA-Rhetorik wird beispielsweise die neovoluntaristisch anmutende TATA-Rhetorik (»There are thousands of alternatives«) ins Feld geführt; auch das Weltsozialforum der globalisierungskritischen Bewegung machte sich nicht zufällig den Slogan »eine andere Welt ist möglich« zu eigen.⁴⁸ Da demokratische Herrschaft auf Zustimmung angewiesen ist, ist sie notwendigerweise begründungs- und rechenschaftspflichtig. Die Öffentlichkeit kann wiederum als ein Forum zur gesellschaftlichen Artikulation, Kontestation und Mobilisierung von Alternativen dienen.

Trotz oder gerade angesichts dieses Horizonts möglicher öffentlicher Infragestellung und Kontestation bleibt die Frage nach dem Zusammenhang von gestiegener Kontingenzsensibilität und TINA-Kommunikation als einer politischen Strategie. Politische Theorie begreift Kontingenz und Komplexität als Signatur moderner Politik; gesellschaftsanalytische und -theoretische Diagnosen reflexiver Modernisierung⁴⁹ heben die zunehmende Verfügbarkeit von Ordnungen und Normen durch Enttraditionalisierungsprozesse hervor und zeigen eine Dynamik hin zu einem Pluralismus, der politische Optionen *diversifizieren*, parteipolitische Debatten *beleben* und politische *Dissense produzieren* könnte. Die sozialwissenschaftliche These, dass westliche Gesellschaften pluralistischer, heterogener und reflexiver geworden seien, verweist erst recht auf die Frage, wie das Verhältnis zwischen TINA als Denk- und Sprechfigur und einer zunehmenden Infragestellung unumstößlicher Normen, hierarchischer, traditionaler Machtverhältnisse und Wissensordnungen sowie der Entgrenzung politischer Öffentlichkeit zu deuten ist. Erlangt TINA-Rhetorik als gesellschaftliche und politische Kommunikation paradoxerweise in einer »Multioptionengesellschaft«,⁵⁰ in einer »verflüssigten Moderne«,⁵¹ in der »virtuell« alles politisch werden kann⁵² und Deliberation als politische Handlungsanforderung an Bedeutung gewinnt, eine besondere Relevanz oder Plausibilität?

48 So einer der Slogans der Nichtregierungsorganisation (NGO) Attac.

49 Vgl. statt vieler: Beck/Giddens/Lash, *Reflexive Modernisierung*.

50 Gross, *Die Multioptionengesellschaft*.

51 Bauman, *Flüchtige Moderne*.

52 Vgl. Greven, *Die politische Gesellschaft*, S. 91.

Die ostentative Kontingenzinvisibilisierung und Verschleierung von Alternativen ist gar eine plausible Herrschaftsstrategie; politische Akteure verhüllen das irreduzible dezisionistische Moment ihrer Entscheidungen. Mit Slavoj Žižek lässt sich fragen, ob Politik eine Verschleierung oder gar Auslöschung statt Offenlegung der Macht- und Entstehungsgenese von Herrschaft *voraussetzt*, denn demokratische Politik scheint in einem Dilemma zu stecken: »Ist ›Herrschaft‹ nicht *effizient* nur unter der Bedingung ihrer Selbstauslöschung? Ist ›ihrer selbst bewusste Herrschaft‹ nicht ein Ding der Unmöglichkeit?«⁵³ Auch Luhmann gab uns zu bedenken, dass sich in der Moderne niemand als »Herrscher« bezeichne und eine Nullmethodik der Macht zu beobachten sei.⁵⁴ Laut Luhmann ist dem Medium Macht eigen, dass seine »Nichtbenutzung« zu bevorzugen sei.⁵⁵

Mittels Sachzwangs- und Notwendigkeitsformeln wird Macht eingegrenzt und kommunikativ verhüllt. Es lässt sich also überlegen, ob es sich um *nullmethodische Machtsemantiken* handelt. TINA-Rhetorik ist im Kontext einer mindestens kommunikativen bis hin zu einer maximal formaljuristischen, dauerhaften Selbstbindungsstrategie zu untersuchen. Dabei kann Stephen Holmes' Beobachtung instruktiv sein, dass eine solche Strategie eine Technik zur indirekten Machtsteigerung ist.⁵⁶ Nicht nur Kontingenzverschleierung, auch Machtverschleierung und neue Herrschaftsinstrumente geraten ins analytische Sichtfeld.

Im Zuge der Moderne differenziert und entgrenzt sich Herrschaft;⁵⁷ mit Max Weber lässt sich konstatieren, dass sich Herrschaft von einem personalen zu einem entpersonalisierten, von einem traditionellen zu einem bürokratischen, von einem autoritären zu einem legalen und rationalen Verhältnis entwickelt. In Demokratien, also in Systemen der Herrschaft des Volkes über sich selbst, wird Herrschaft als solche zu einem Paradoxon.⁵⁸ Macht bleibt das Medium demokratischer Politik, während selbstwidersprüchliche Herrschaft »sowohl universell als auch unsichtbar« zu werden scheint.⁵⁹

53 Žižek, *Die politische Suspension des Ethischen*, S. 185.

54 Vgl. Luhmann, *Die Politik der Gesellschaft*, S. 46, 345.

55 Ebd.

56 Vgl. dazu das Souveränitätsparadox bei Bodin; Holmes, *Passions and Constraint*, S. 114.

57 Vgl. Bonß/Lau, Einleitung.

58 Luhmann, *Die Politik der Gesellschaft*, S. 324, 342. Luhmann spricht davon, dass Herrschaft »[m]it der Formel ›Demokratie‹ [...] delegitimiert« werde. Ebd., S. 358.

59 Bonß/Lau, Einleitung, S. 10.

Politische Akteure begegnen dem Dilemma von herrschaftsloser Herrschaft mit spezifischen Herrschaftstechniken. Wenn sie den Raum des politisch Sag- und Machbaren begrenzen und die verfolgte Politik – und mit ihr getroffene Entscheidungen – als die einzig angemessene und richtige ausweisen, verfügt dies, so eine erkenntnisleitende These, über eine spezifische politische Funktionalität. Die Suggestion des einen, richtigen und einzig gangbaren Weges ist ein Mittel, mit dem Politik auf das Problem von Macht und Herrschaftsverflechtung reagiert. Zugleich bearbeitet Politik mit TINA-Rhetorik das Problem von Wissen bzw. Nichtwissen, Kontingenz, Risiko und der Notwendigkeit des politischen Funktionssystems, auch unter Bedingungen von Nichtwissen laufend zu entscheiden und kollektive Verbindlichkeit herzustellen. Demokratische Regierungen müssen auf Komplexitätssteigerungen wie fehlende Erwartungssicherheit, Konflikthaftigkeit und Probleme, die sich einer eindeutigen Lösung entziehen, Zeitknappheit, Beschleunigung und Anforderungen an politisches Zeitmanagement Antworten finden – sie müssen entscheiden.

Geht man daher noch einmal zurück zum Begriff der Entscheidung, ist dieser jenseits seiner politischen und ideengeschichtlichen »Kompromittierung«⁶⁰ zu nuancieren. Von Hermann Lübbe lässt sich ein erkenntnisleitender Entscheidungsbegriff aneignen: Eine Entscheidung erfolgt weder aufgrund von technokratischem, expertokratischem Sachverstand, noch ist sie auf rein logische, rationale Überlegungen deduzierbar, noch fällt eine Entscheidung mit einem deliberativ entwickelten Konsens in eins.⁶¹ Entscheidungen sind »angesichts alternativer Möglichkeiten« und ohne »entscheidende« Gründe« zu treffen;⁶² »[e]ntschieden hat sich, wer angesichts alternativer Möglichkeiten den *Graben der Ungewissheit*, welche die richtige oder bessere ist, übersprungen und sich *festgelegt* hat.«⁶³ Folglich liegen bei einer politischen Entscheidung Optionen vor, zwischen denen intentional und bewusst gewählt werden muss. Der Akt der Festlegung enthält jedoch keine retrospektive Verklärung der Deziision als Zwang oder Notwendigkeit. Entscheidungssituationen sind prinzipiell mehrdeutig – mehr Wissen, mehr Expertise und mehr Deliberation lösen das Problem

60 Rüb, Politische Entscheidungsprozesse, Kontingenz und demokratischer Deziisionismus, S. 118.

61 Vgl. ebd., S. 119.

62 Lübbe, *Theorie und Entscheidung*, S. 17.

63 Ebd., S. 18f.; Hervorhebung im Orig. In der vorliegenden Arbeit wird bei Aufnahme von Zitaten in alter Rechtschreibung zur besseren Lesbarkeit darauf verzichtet, Abweichungen zur neuen Rechtschreibung mit [sic] zu kennzeichnen.

eines politischen Aktes, einer Dezision, nicht auf, doch sind jene Situationen weder erratische Momente politischen Voluntarismus noch determiniert.

Politische, verbindliche Entscheidungen stellen Weichen und zeitigen Effekte; in ihnen materialisiert sich ein Gestaltungswille, sodass sie zum einen politisch kommuniziert, das heißt erklärt und rechtfertigt, zum anderen verantwortet werden müssen. Rechtfertigungsdiskurse müssen sowohl eine kognitive als auch normative Dimension enthalten: Was wird aus welchem Grund und mit welchem Zweck entschieden und warum halten es die jeweiligen Entscheider für richtig? Indem Politiker bisweilen Entscheidungen als alternativlos etikettieren und die Offenlegung ihrer kognitiven, normativen und strategischen Beweggründe vermeiden, kann entweder der Eindruck eines sich im apodiktischen Gewand verhüllten politischen Voluntarismus oder eines politikverunmöglichenden Determinismus erweckt werden. Beide Male versucht sich ein Akteur gegen Kritik zu immunisieren. Die jeweilige Dezision wirkt unverfügbar.

TINA-Rhetorik kann dazu dienen, den Bereich machbarer Politikentscheidungen einzugrenzen, Erwartungen von Bürgern und Wählern zu begrenzen und als unerfüllbar abzuwehren. Der Verweis auf Alternativlosigkeit oder Sachzwänge kann strategisch ein integraler Bestandteil sogenannter *blame avoidance*-Strategien sein.⁶⁴ Daher lässt sich vermuten, dass Politiker auf Alternativlosigkeit bei unliebsamen Entscheidungen verweisen und TINA als Verzichtsrhetorik dient; TINA soll bestimmte politische Entscheidungen ermöglichen und rechtfertigen.

Bei der Frage nach der politischen Motivation, Sachzwang oder Alternativlosigkeit zu kommunizieren, wird nun ein Dilemma deutlich: Zwar ist diese politische Argumentation für Politiker attraktiv, da sie den doppelten Legitimationsballast, eine Entscheidung kognitiv als zutreffende Wirklichkeitserfassung und normativ mit Werten, Interessen, Präferenzen, Wünschen zu begründen, vermeiden können.⁶⁵ Gerade weil Notwendigkeitskonstruktionen und die Rhetorik des Sachzwangs es der Politik

64 In Folge der empirisch bekräftigten Annahme einer *Reward-Punishment-Dynamik* aus der ökonomischen Wahlforschung, nach der Wähler eine rationale Wahlentscheidung nach Bewertung von Regierungsperformanz treffen, müssen Politiker negative Wahleffekte unliebsamer Reformen fürchten. Vgl. dazu grundlegend: Weaver, *The Politics of Blame Avoidance*; Pierson, *Dismantling the Welfare State?*; ders., *The New Politics of the Welfare State*. Zur Diskussion: König/Wenzelburger, *Towards a Theory of Political Strategy in Policy Analysis*.

65 Vgl. Nullmeier/Rüb, *Die Transformation der Sozialpolitik*.

ermöglichen, »konfliktreiche moralische bzw. Gerechtigkeits-Fragen ebenso wie Interessendivergenzen nicht als solche erscheinen zu lassen«, vermögen es »Notwendigkeitskonstruktionen«, solche Konflikte zu neutralisieren und damit die »Chancen für einen Konsens« zu erhöhen.⁶⁶ Folglich entlasten jene Konstruktionen Politiker – und die Adressaten eines solchen Diskurses – von Kontroversen und politischer Willensbildung.⁶⁷ Dennoch bedienen sich Politiker eines Argumentationsmusters, das bisweilen ihre eigene Entscheidungs- und Handlungsfähigkeit öffentlichkeitswirksam zu beschädigen, ja den Eindruck ihrer Handlungskompetenz bei den Wählern zu zersetzen vermag.⁶⁸ Nutzen politische Akteure die TINA-Rhetorik hingegen als Mittel zur apodiktischen Rechtfertigung der eigenen Autorität, riskieren sie wiederum den Eindruck, demokratische Prozesse der Willensbildung und Entscheidungsfindung nicht hinreichend wertzuschätzen. So erfasst die vorliegende Arbeit ein Spannungsfeld, ja eine Ambivalenz von Alternativlosigkeits- und Sachzwangsrhetorik: Diese ist *demokratisch dysfunktional*, aber *politisch funktional*. Aus diesem Grund wird untersucht, in welchen Konstellationen und mit welcher politischen Intention Akteure diese kommunikative Strategie wählen und warum sie unter Umständen plausibel erscheint.

2. Methodischer Ansatz

Bei der Untersuchung von Herrschaftsstrategien, Rhetorik und politischer Kommunikation steht man zunächst vor dem Problem der Intentionalität. Politische Akteure können zum Beispiel auf Imperative oder Notwendigkeiten verweisen, weil sie diskursive Repräsentationen und Vorstellungen spezifischer materieller Zwänge verinnerlicht haben.⁶⁹ Oder sie mögen sich intentional dazu entschließen, Entscheidungen aus strategischen Gründen mittels TINA zu rechtfertigen – TINA wäre dann ein intentionales Strategem und würde wenig über faktische, empirische Zwänge besagen.

66 Ebd., S. 50.

67 Angesichts dieses funktionellen Vorteils jener Notwendigkeits- und Zwangskonstruktionen behaupten Nullmeier und Rüb für das *Policy*-Feld der Rentenpolitik »einen Trend zur verstärkten Nutzung von »Notwendigkeiten««. Ebd., S. 49.

68 Vgl. Müller, *Globalisierung als Sachzwang*, S. 4.

69 Vgl. Hay/Rosamond, *Globalization, European Integration and the Discursive Construction of Economic Imperatives*, S. 150.

Das Problem der Intentionalität lässt sich nicht vorschnell oder allgemein lösen, daher reagiert die hiesige Untersuchung auf dieses Problem mit der analytischen Differenzierung zwischen Diskurs und Rhetorik. Ein Diskurs wird als spezifischer, ideeller Kontext begriffen, der Repertoires und ideelle Ressourcen in Form von mobilisierbaren Narrativen und Vor-Verständnissen bereitstellt, auf die Akteure zurückgreifen können.⁷⁰ Rhetorik hingegen bezeichnet die intentionale, instrumentelle, wenngleich zuweilen spontane, strategische Verwendung von Diskursmustern, die kommunikativ zur Überzeugung eines Adressaten eingesetzt wird.⁷¹ Demzufolge strukturieren, ja formen bzw. formieren Diskurse Narrative und Rhetorik.

Da sozial und politisch konstituierte Sinnstiftungs- oder Interpretationsmuster bei politischen Entscheidungsprozessen bedeutsam sind, indem sie die Annahme von Geltungen, Gültigkeit und Problemwahrnehmungen prägen, bezeichnet der Begriff Diskurs diejenigen Formationen, die politische Zielsetzungen, Interessen, Werte und Normen von Akteuren formen und somit die kognitive und normative Grundlage politischer Entscheidungen und Strategien bilden. Ideen ermöglichen und begrenzen bestimmte politische Entscheidungen – sie formen den Raum des Sag- und Machbaren: »[I]deas spur action by providing specific ›road maps‹ out of policy dilemmas.«⁷² Somit sind politische Debatten und Diskurse mehr als ein bloßes Epiphänomen realer, materieller Politik.⁷³ Diskurse stellen Deutungsrahmen, sogenannte *Frames* von Plausibilität und damit möglicher Legitimität bereit. Der Prozess des *Framings* meint: »[...] to select some aspects of a perceived reality and make them more salient in a communicating text, in such a way as to promote a particular problem definition, causal interpretation, moral evaluation, and/or treatment

70 Vgl. ebd., S. 151.

71 Vgl. ebd., S. 152. Da in Diskurstheorien und -analysen unterschiedliche Auffassungen vorliegen, sei ergänzend das hier zugrunde gelegte Verhältnis von Diskurs und Akteur geklärt: Diskurse liefern Akteuren Sprecherpositionen, die Subjektpositionen, d.h. Identitätsangebote, bereitstellen und darüber soziale Akteure konstituieren, d.h. Diskurse bilden Referenzrahmen für soziales Handeln. Vgl. hierzu Keller, *Wissenssoziologische Diskursanalyse*, S. 222f.

72 Campbell, *Institutional Analysis and the Role of Ideas in Political Economy*, S. 162.

73 »Discourse, as defined herein, consists of both a set of policy ideas and values and an interactive process of policy construction and communication.« Schmidt, *The Politics of Economic Adjustment in France and Britain*, S. 249. Vgl. dies., *Speaking to the Markets or to the People?*, S. 196.

recommendation.«⁷⁴ Folglich wird die Analyse *politisches Framing* in den Blick nehmen.⁷⁵

Die ontologische sowie epistemologische Prämisse der Arbeit ist konsequenterweise eine konstruktivistische, denn es wird im Sinne des interpretativen Paradigmas sozialwissenschaftlicher Forschung davon ausgegangen, dass die Perzeption und Diskursivierung von Phänomenen soziale – also auch politische – Wirkung unabhängig von einem *ontischen* Gehalt entfaltet. Frei nach dem Thomas-Theorem: »If men define their situations as real, they are real in their consequences.«⁷⁶ Somit kann TINA als politisches Strategem begriffen werden, ohne damit in Abrede zu stellen, dass Politiker ihre strategisch motivierte Kommunikation durch Ansätze und Vorstellungen bzw. Konzepte rahmen bzw. *framen*, die sie für adäquat und zutreffend halten.

Diskurse können nicht autark durch einzelne Akteure im politischen System hergestellt werden, sondern flottieren gleichsam in der Gesellschaft. Mit Luhmann formuliert, muss Kommunikation anschlussfähig sein. Ferner sucht sich Politik juristische, wirtschaftliche, zivilgesellschaftliche und wissenschaftliche Beratung zur Vorbereitung, Bewertung und Rechtfertigung von politischen Entscheidungen. Diskurse und damit Deutungsangebote zur Konstruktion von politischen Plausibilitäten, aber auch von Notwendigkeitskonstruktionen kommen mitunter aus den Wissenschaften. Um Sachzwang und Alternativlosigkeit als Denk- und Sprechfigur zu untersuchen, wird die Instrumentalisierung von Konzepten mit wiederkehrenden Argumentationsmustern und Begrifflichkeiten in politischen Auseinandersetzungen, das heißt mit *Topoi* politischer Rhetorik verschränkt. Dafür erfordert die Analyse einen methodischen Zugriff, der sowohl die Eigenheiten politischer Diskurse, politischer Sprache und Semantik als auch die institutionellen Rahmenbedingungen und Akteurskonstellationen politischer Argumentationsgänge und Entscheidungsverfahren berücksichtigt.

Für diese Verschränkung von Diskurs und politischen Institutionen werden zwei methodische Vorschläge der sozialwissenschaftlichen Forschung fruchtbar gemacht. Erstens knüpft der Ansatz des *diskursiven Institutionalismus* an den »ideational turn« der interpretativen *Policy*-Analyse an und

74 Entman, Framing, S. 52.

75 Vgl. Benford/Snow, Framing Processes and Social Movements: An Overview and Assessment.

76 Vgl. dazu einschlägig Thomas/Thomas, *The Child in America*, S. 572.

betont die institutionellen Gegebenheiten, die den manifesten Einfluss von Ideen und Diskursen auf *Policies* (»policy ideas«) kanalisieren und vermitteln.⁷⁷ Schließlich darf, als quasi symmetrische Reaktion auf materialistische, strukturalistische oder funktionalistische Erklärungsansätze, keinem ideellen oder diskursiven Idealismus verfallen werden. Diskurse formen zwar die Wahrnehmung von Handlungsspielräumen und politischen Instrumenten, aber die Rezeption und Implementierung von Ideen ist immerhin davon abhängig, ob und inwieweit Eliten diese als normativ akzeptabel erachten und ob sie Ideen durch institutionelle Kanäle in die Arenen der politischen Entscheidungsfindung schleusen (können).⁷⁸ Der Erfolg bestimmter Deutungsangebote ist auch ein Effekt politischer Selektion – politische Akteure betreiben eine strategische »Wissenspolitik« und suchen sich aus dem »Zuviel an Objektivität«, aus dem Überangebot an »Forschungsergebnissen« der »Wissengesellschaft« die für das jeweilige politische Ziel opportunen aus.⁷⁹ Das politische Moment einer »policy choice« und der Herausbildung von »Diskurskoalitionen«⁸⁰ bzw. »advocacy coalitions«⁸¹ innerhalb bestehender institutioneller Ordnungen darf daher nicht aus den Augen verloren werden.

Zweitens verweist die Frage nach Konstellationen und Bedingungen normativer bzw. politischer Plausibilität und Akzeptabilität von Ideen,

77 Blyth, »Any more bright ideas?«; vgl. auch den »argumentative turn«, Fischer/Forester (Hg.), *The Argumentative Turn in Policy Analysis and Planning*, Halls Analyse von »policy ideas« unter anderem in: Hall, Conclusion; ders. (Hg.), *The Political Power of Economic Ideas*; Hall/Taylor, Political science and the three new institutionalisms. Auch in dieses Spektrum gehört Hajers Ansatz der Diskursanalyse: Hajer, Discourse coalitions in practice. Zum Programm des diskursiven Institutionalismus: Schmidt, Discursive Institutionalism; dies., The Politics of Economic Adjustment in France and Britain. Zur Verortung des diskursiven Institutionalismus im Feld der institutionalistischen Ansätze: dies., Taking Ideas and Discourse Seriously.

78 Vgl. Campbell, Institutional Analysis and the Role of Ideas in Political Economy, S. 161: »The general thrust of this literature [on conditions under which ideas influences policy makers in such areas such as macroeconomic policy] was that the power of ideas depends largely on how much support they receive from political parties, unions, the business community and from influential political and intellectual elites and how much institutional access these actors have to critical policy-making arenas.« Vergleichende Politikforschung, Policy-Analyse, Politische Theorie und Ideengeschichte sind also keineswegs so weit voneinander entfernt wie habituelle Beschwörungen politikwissenschaftlicher Subdisziplinen bisweilen suggerieren.

79 Grundmann/Stehr, *Die Macht der Erkenntnis*, S. 34.

80 Vgl. Lehmbruch, Institutional Embedding of Market Economies.

81 Vgl. Sabatier, Policy Change Over a Decade or More; ders., The Advocacy Coalition.

Deutungen und Narrationen auf den Zugang einer *Diskursanalyse*. Da die politische Wirklichkeit »das Produkt politischer Deutungen und Deutungskämpfe [...]« ist,⁸² gleicht Politik nicht bloß einem Machtkampf zwischen vermeintlich objektiven oder verobjektivierbaren Interessen. Das Verhältnis von Politik und Diskurs ist ein doppeltes: Zum einen formen und definieren Diskurse, im Foucaultschen Sinne, den politischen Raum des Sag- und Machbaren und liefern »frames of reference«.⁸³ Zum anderen sind nicht nur Produktionsverhältnisse, sondern auch Definitionsverhältnisse (Ulrich Beck) politisch zu gestalten. Politische Machtkämpfe lassen sich auch als Erkämpfen von Ideen oder Begriffen und als Ringen um Bedeutungshoheit verstehen. Politik kämpft auch auf dem Terrain von Diskursen. Eine politikwissenschaftliche Analyse dieser Deutungsrahmen und Deutungskämpfe zeichnet aus, dass sie die Verzahnung von Macht und Diskurs untersucht, denn in Diskursen manifestieren sich Machtstrukturen, Konventionen und Traditionen.

Daher nimmt das vorliegende Forschungsprojekt eine zweifache Perspektive ein: Die Analyse von Sachzwang und Alternativlosigkeit führt *erstens* zu einer politischen und geschichtlichen Verortung und Kontextualisierung durch den Nachweis politischer »Traditionen« und Diskurse. Die in Karl Mannheims Wissenssoziologie grundlegende »Seinsgebundenheit« lässt sich in eine politische Standort- bzw. Kontextverbundenheit übersetzen.⁸⁴ Deswegen werden in den Kapiteln die politischen und diskursiven *Erfahrungs- und Verweissräume* des jeweiligen Sachzwangs- oder Alternativlosigkeitsmotivs rekonstruiert.⁸⁵ Es gilt, die Genese bestimmter Deutungsmuster und Wirklichkeitsinterpretationen zu untersuchen, die Rezeptionswege von politischen Argumentationsmustern sowie die Verläufe politischer Maßnahmen zu rekonstruieren, zu kontextualisieren und zu systematisieren.

82 Bleses/Rose, *Deutungswandel der Sozialpolitik*, S. 25. Vgl. zur politikwissenschaftlichen Diskursanalyse in Deutschland: Nullmeier, Politikwissenschaft auf dem Weg zur Diskursanalyse?; zur Anwendung: Nullmeier/Rüb, *Die Transformation der Sozialpolitik*.

83 Zum Ansatz einer Analyse des jeweiligen »référentiel« vgl. Jobert, *The normative Frameworks of Public Policy*; Mueller, *Les Politiques Publiques comme Construction d'un Rapport au Monde*.

84 Vgl. Hacke, *Die Bundesrepublik als Idee*. In seiner luziden Skizze bundesrepublikanischen Denkens spricht Hacke von vergangenen Debatten, die »Traditionskreise« gebildet haben und so auch heutige Kontroversen und Diskurse »vorstrukturieren«. Vgl. ebd., S. 9.

85 Vgl. zum Begriff des Erfahrungsraums Koselleck, »Erfahrungsraum« und »Erwartungshorizont« – zwei historische Kategorien.

Zweitens führt der Anspruch, politische Argumentationen im Kräftefeld institutioneller Akteure, das heißt in »Machtstrukturen« zu lokalisieren, dazu, Erkenntnisse der politischen Regierungslehre einzuarbeiten und den Auswirkungen institutioneller Settings und Spezifika der *Policy Cycles* in distinkten politischen Systemen Rechnung zu tragen. Neben rhetorischen Figuren gilt es, die Analyse gleichsam der politischen Materialität zu öffnen und Akteure, Netzwerke sowie politische Strukturen zu berücksichtigen. Dazu dient der Rückgriff auf den Ansatz des diskursiven Institutionalismus.

Mit Hilfe dieses Ansatzes können nebenbei zwei Diskursarenen differenziert werden: Vivien A. Schmidt unterscheidet zwischen einem »koordinativen Diskurs«, innerhalb dessen politische Akteure über *Policies* verhandeln, und einem »kommunikativen Diskurs«, bei dem eine Öffentlichkeit bzw. ein Adressat überzeugt werden soll.⁸⁶ Diese beiden Diskurstypen erfüllen distinkte Funktionen. Schmidts enger Diskursbegriff gleicht eher einer Heuristik zur Analyse politischer Kommunikation, ist aber als solche ebenso relevant wie der weit gefasste konstruktivistisch-poststrukturalistische Diskursbegriff. Insofern bemüht sich die Untersuchung um klare Begrifflichkeiten und gegebenenfalls um kontextualisierende Kollationen.

In der Analyse des TINA-Argumentationsmusters als politisch-praktischer Strategie soll es gelingen, das Wechselspiel zwischen politischen Diskursen, Wissensvorräten sowie *Policies* zu erhellen. In der Analyse der konkreten Rhetorik politischer Akteure werden Verweise auf Alternativlosigkeit oder Sachzwänge durch ein Analysematerial erarbeitet, das politische Verlautbarungen wie Interviews, Reden im Parlament und andere öffentliche Mitteilungen umfasst.⁸⁷ Vor allem Parteitagsreden sind in diesem Textkorpus relevant, da hier der Nexus von öffentlichkeitsorientierter Rhetorik, Strategie und politischer Rechtfertigung besonders

86 Vgl. Schmidt, *The Politics of Economic Adjustment in France and Britain*. Wie oben skizziert, versteht dieser Ansatz Diskurse als Phänomene, die in institutionelle Settings und Architekturen eingebettet sind und dadurch geprägt werden. Aufgrund dieser Konzeptualisierung steht der diskursive Institutionalismus vor dem Problem, stets zeigen zu müssen, dass Diskurse keine bloßen Epiphänomene materieller, praktischer und institutioneller Effekte darstellen.

87 Die Analyse der TINA-Rhetorik profitiert unter anderem von der *Margaret Thatcher Foundation*, die sich zum Ziel gesetzt hat, die Politik und Person Thatchers mitunter durch Online-Veröffentlichungen ihrer Reden darzustellen. Der Textkorpus findet sich im allgemeinen Literaturverzeichnis wieder.

sichtbar wird. Die Erfassung und Sichtung jenes Materials orientiert sich an den erkenntnisleitenden Thesen und Fragen.

Bei der Frage nach Alternativlosigkeit und Sachzwängen sind strategische Versuche der Schließung von politischen Kontroversen ausschlaggebend. Die Beendigung einer Debatte kann – als konventionelle Regierungstechnik – durch institutionellen Ausschluss, also durch Regulierung der Teilnahme an der politischen Debatte erfolgen, beispielsweise durch Zugangsregelungen zu parlamentarischen Debatten. Oder, und das ist der herausforderndere Aspekt, ein Deutungsmuster wird als allgemein verbindlich akzeptiert, weil ein Diskurs interpretativ geschlossen wird. Dies würde bedeuten, dass bestimmte Gründe, Kausalitätsannahmen, kognitive Muster und Interpretationen, Interpretamente oder auch Ideologeme hegemonial bzw. dominant werden und den politischen Diskurs gegen alternative Deutungsmuster imprägnieren.⁸⁸ Daher sollen überprüft werden, inwiefern Entscheidungen als alternativlos kommunikabel werden, weil ein spezifischer Diskurs, eine spezifische Deutung der Situation oder Konstellation dieser Entscheidungen anschlussfähig geworden sind. Eine bestimmte Konstellation wird als Sachzwang plausibel, weil ihre strukturelle Evidenz, Unhintergebarkeit oder Notwendigkeit als allgemein anerkannt angenommen wird.

3. Fallauswahl und Vorgehen

Die Untersuchung konzentriert sich auf drei Fallbeispiele, bei denen Sachzwang und Alternativlosigkeit eine eminente Bedeutung haben und die als *symptomatische Diskurse* begriffen werden: Thatcherismus im Großbritannien, New Labour und der Diskurs des Dritten Weges sowie europäische Politik im Hinblick auf das Krisenmanagement in der Eurozonenkrise. Ihrer Untersuchung geht ein Prolog zur Figur des Sachzwangs bei dem deutschen Soziologen Helmut Schelsky voraus.

⁸⁸ Zum Begriff der Ideologie sei hier die klärende Begriffsdefinition von Michael Freeden eingefügt: »Ideologies [are] those systems of political thinking, loose or rigid, deliberate or unintended, through which individuals and groups construct an understanding of the political world they, or those who preoccupy their thoughts, inhabit, and then act on that understanding.« Freeden, *Ideologies and Political Theory*, S. 3.

Schelskys theoretisches Modell des technischen Staats wird der Analyse politischer TINA-Diskurse vorangestellt, denn gegenüber seinem politisch und realgeschichtlich falsifizierten Modell können die tatsächlichen Anforderungen und Charakteristika politischen Handelns und politischer Rhetorik an Profil gewinnen. Auch wenn politische Akteure auf Sachzwänge, Notwendigkeit, Evidenz oder schlichtweg Alternativlosigkeit verweisen, handelt es sich hierbei *nicht* um das von Schelsky insinuierte Symptom einer Politik erübrigenden, ja verunmöglichenden Konstellation. Gerade der Kontrast zwischen Schelskys wissenschaftlicher Sachzwang-These und den Diskursen politischer TINA-Rhetorik kann verdeutlichen, dass Politik angesichts von Verwissenschaftlichung, Technisierung und Ökonomisierung sehr wohl Handlungsspielräume behält und auch reklamieren muss.

Die anschließende Fallauswahl der drei symptomatischen Diskurse Thatcherismus, New Labour und des europäischen Krisenmanagements ermöglicht uns systematische Erkenntnisse und begründet sich wie folgt: Im Anschluss an die Überlegung, dass TINA-Rhetorik sowohl epistemologisch vor dem Hintergrund kontingenzsensibler moderner Politik als auch institutionell vor dem Hintergrund parlamentarischer Demokratie zu erforschen ist, konzentriert sich die Analyse *erstens* auf Diskurse in politischen Konstellationen, in denen de facto legitime Alternativen und Handlungsspielräume innerhalb eines liberal-demokratischen Parlamentarismus vorhanden sind. Die Frage steht im Raum, wie die jeweilige politische Rhetorik und Strategie vor dem Hintergrund des politischen Systems, also des majoritären Westminster-Parlamentarismus, des europäischen Mehrebenensystems oder auch der deutschen Kombination aus Wettbewerbs- und Verhandlungsdemokratie zu deuten ist. TINA-Rhetorik wird im Kontext ihrer *Polity-Dimension* untersucht. Das veranschaulicht, dass sich aus Systemen und institutionellen Architekturen Dispositionen für die jeweilige politische Kommunikation ergeben.

Zweitens kann erhellt werden, inwiefern Alternativlosigkeitsrhetorik eine Strategie im Angesicht von Steuerungs- bzw. Regulierungsproblemen als auch von Konfliktsituationen darstellt. Die Frage nach der potenziellen Verschleierung von Reversibilität und Handlungsspielräumen gewinnt an Relevanz: TINA-Rhetorik ist ein Instrument von *Politics*. Gibt es hierbei gewisse »Konsequenz-Erstmaligkeiten«,⁸⁹ die politische und diskursive Weichen stellen? Aus diesem Grund setzt die Analyse selektiv und episodisch an bestimmten Momenten und Konstellationen an: Die unter-

89 Vgl. Gehlen, Zur Lage der Soziologie, S. 4.

suchten Diskurse teilen das Merkmal, dass sie auf die Perzeption einer Krise, eines Neuanfangs oder einer politischen Revision reagieren. In ihnen artikulieren sich Bestandsaufnahmen zeitgenössischer Herausforderungen für Demokratie und Wohlfahrtsstaatlichkeit. Hierbei wird die These verfolgt, dass Verweise auf Sachzwang oder Alternativlosigkeit einer Governance-Strategie dienen.

Drittens sollen die drei Fälle die obige Frage nach der Beziehung und Genese mutmaßlich neoliberaler, technokratischer Arrangements beantworten und die politisch-inhaltliche, also die *Policy-Dimension* der Rhetorik in den Blick nehmen. Welche politischen Entscheidungen werden als alternativlos oder als durch Sachzwänge diktiert beschrieben? Gibt es hier ein gemeinsames Muster und inwiefern kolportiert die TINA-Rhetorik eine (Wirtschafts-)Politik, die in Wirklichkeit interessengeleitet ist und sich tatsächlich als Neoliberalisierung oder Ökonomisierung erfassen lässt? Mit Jan-Werner Müller gesprochen ist Großbritannien ein »nicht nur wirtschafts-, sondern auch ideenpolitisches Labor für den Rest Europas«. ⁹⁰ Es liegt schließlich eine gewisse politische Kontinuität von Margaret Thatchers neokonservativem Neoliberalismus, der Revision sozialdemokratischer Positionen unter New Labour und der politischen Wahrnehmung und Lösung der multiplen Krise(n) des Finanzmarkts, der Staatshaushalte und der Eurozone vor. Die Diskurse fungieren jeweils als politisches Vorspiel für den je nachfolgenden und liefern mobilisierbare Rechtfertigungsmuster.

Hieran anschließend ermöglicht das Vorgehen *viertens*, das Verhältnis von Theorie und Praxis, von politischer Rhetorik und politischer Kultur ins Auge zu fassen und nach politisch-wissenschaftlichen »Diskurskoalitionen« ⁹¹ Ausschau zu halten. Durch den Blick auf diskursive Verschiebungen, semantische Neujustierungen und politische Entwicklungen können wir Phasen politischen und sozialen Wandels, in denen Zwänge und Alternativlosigkeiten brüchig und als politisch motivierte *Konstruktionen* sichtbar werden, nicht mehr nur als sozialstrukturelle Veränderungen, sondern auch als »Verschiebung von Wissensregimen« ⁹² begreifen.

Die hier untersuchten symptomatischen Diskurse bieten uns *fünfte*s ein Panorama, das Erkenntnisse zur konzeptionellen Bestimmung von Politik,

90 Müller, Es gilt, die Seele zu verwandeln.

91 Peter Wagner bezeichnet das Verhältnis zwischen Wissenschaftlern und politischen Akteuren als »Diskurskoalition«. Vgl. Wagner, *Sozialwissenschaften und Staat*, S. 376ff.

92 Keller, *Wissenssoziologische Diskursanalyse*, S. 193.

Governance und politischen Handlungsräumen verspricht. Was kennzeichnet moderne Politik, was charakterisiert politisches Entscheiden mit und trotz Alternativlosigkeit oder Sachzwang gegenüber Technokratisierung, Moralisierung, Ökonomisierung oder Verrechtlichung? Verschiebungen des TINA-Arguments werden aufgezeigt, sodass die Analyse eine idealtypische Differenzierung verschiedener Sachzwang- bzw. TINA-Modelle und -Diskurse ermöglicht. Helmut Schelskys Modell eines *one best way* fungiert dabei als stichwortgebende Vergleichsfolie.

Offensiv sei vorausgeschickt, dass in den jeweiligen Fallstudien kein Anspruch auf eine allumfassende Detailtreue erhoben wird, sondern die behandelten Themenfelder als symptomatische Diskurse von Sachzwang und Alternativlosigkeit erkenntnis- und problemorientiert untersucht werden. Folgerichtig ist die Analyse stets dem Untersuchungsgegenstand nach selektiv, sie verfolgt eine zielgerichtete Rekonstruktion der Ermöglichungsbedingungen des TINA-Prinzips als politisch wirkmächtiges Prinzip. Aufgrund der ontologischen und epistemologischen Prämissen und der methodologischen Überlegungen wird weniger nach scheinbar objektiv feststellbaren Kongruenzen zwischen Sachzwangsrhetorik beziehungsweise TINA-Rhetorik und politischen Realitäten gefragt, sondern nach Sinnzusammenhängen sowie nach der politischen, zuweilen ideenpolitischen Funktion der Figur von Sachzwang, Notwendigkeit, Alternativlosigkeit.

Dieses Erkenntnisinteresse führt konkret zu folgendem Vorgehen: Im Prolog *One best way – Schelskys Modell des technischen Staats* wird rekonstruiert, welche Schlussfolgerungen der technokratische Konservatismus aus seiner Deutung der Wirklichkeit und des technischen, wissenschaftlichen Fortschritts zog und welches Deutungsangebot der Soziologe Helmut Schelsky formulierte. Schelskys Idee der zunehmend waltenden Sachgesetzlichkeiten und des Sachzwangs wird skizziert.

Hieran anknüpfend folgt der Hauptteil *Symptomatische Diskurse: Die politische Strategie der Alternativlosigkeit*. Im Kapitel *Thatcherismus: Die antagonistische Rhetorik der Alternativlosigkeit* (I) wird untersucht, wie sich Sachzwang als Denkfigur eines technokratischen Politikbegriffs nicht durchsetzte und sich der politische Diskurs zu einer neoliberalen Reformpolitik verschob. Margaret Thatcher setzte entgegen einer technokratischen Sachzwangsrhetorik auf politischen Wandel und kommunizierte ihre Agenda als alternativlos, sodass sich eine Differenz zwischen »Sachzwang« und »Alternativlosigkeit« beobachten lässt. Das Kapitel analysiert die politische

Funktion und Bedeutung der für Thatcher paradigmatischen TINA-Rhetorik im Verlauf ihrer Amtszeiten.

Um zu zeigen, dass politische Rhetorik nicht nur ein Epiphänomen institutioneller Strukturen darstellt, sondern diese als Dispositionen für politisch variable Kommunikations- und Governance-Strategien wirken, folgt ein innerbritischer Vergleich zu TINA als politischer Rhetorik im sozialdemokratischen *Third Way*. Das Kapitel *New Labour: Die inklusive Rhetorik der Alternativlosigkeit* (II) untersucht, wie Globalisierung und Modernisierung hierbei als Deutungs- und Handlungsrahmen fungierten und die Reformulierung sozialdemokratischer Politik seit den 1990ern anleiteten.

Auf den britischen Diskurs folgt im Kapitel *Politik in der Eurokrise: Die krisenstrategische Rhetorik der Alternativlosigkeit* (III) die Untersuchung des europäischen Krisenmanagements in den Jahren der Finanz-, Wirtschafts- und Eurokrise seit 2007/2008. Die Funktion und Rolle der TINA-Rhetorik als ein Kriseninstrument und die politische De-Konstruktion von Handlungsspielräumen in Architekturen komplexer *Governance* stehen hier im Fokus. Die Erkenntnisse zu politischen Techniken der Machtdiffusion, -verschleierung und Selbstbindung werden durch die Erörterung der Frage ergänzt, inwiefern sich die bis hierhin profilierten zeitgenössischen Politikprobleme am Fallbeispiel des Politikstils der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel emblematisch wiedererkennen lassen.

4. Forschungsstand

Für Thomas Saretzki beruht

»[d]ie Konstruktion von Sachzwängen [...] auf einer unreflektierten Ineinssetzung von wissenschaftlicher, technischer und ökonomischer Rationalität. Durch diese vorschnelle Identifizierung werden mögliche Widersprüche und Vermittlungsprobleme zwischen Wissenschaft, Technik und Ökonomie ausgeblendet.«⁹³

Es gilt, diese Ineinssetzung zu hinterfragen, einzelne Konstruktionsleistungen zu differenzieren und die Dynamiken von Kontinuität und Wandel in Sachzwang- und Alternativlosigkeitsdiskursen in den Blick zu nehmen. Dies zeichnet die vorliegende Arbeit gegenüber der existierenden For-

93 Saretzki, *Technokratie, Technokratiekritik und das Verschwinden der Gesellschaft*, S. 366.

schungsliteratur aus, die sich dem Problem mal aus demokratietheoretischer,⁹⁴ mal aus *policy*-analytischer⁹⁵ und mal aus politökonomischer Blickrichtung⁹⁶ nähert oder sich darauf konzentriert, die obigen Fallbeispiele einzeln zu fokussieren.

Das Forschungsdesiderat ist somit eine Spurensuche, die über einzelne Sachzwang- und Alternativlosigkeitsdiskurse hinausgeht, deren Querverbindungen und Rückverweise deutlich machen kann und dabei eine Perspektive einnimmt, durch die es gelingt, sowohl Institutionenanalysen, Einsichten der politischen Ökonomie mit Pointen politischer Theorie und einer Analyse politischer Rhetorik zusammenzubringen.

Die Untersuchung kann sich hierbei auf Vorarbeiten zum Verhältnis von Politik und Rhetorik stützen, die mitunter die hiesigen Beispiele als markante TINA-Diskurse aufgreifen und eine linguistisch informierte Analyse rhetorischer Tropen wie Metaphern und Metonymien vornehmen.⁹⁷ Politikwissenschaftliche Impulse geben diese Arbeiten in ihrer Diskussion der TINA-Rhetorik vor dem Hintergrund eines »neoliberalen« Zeitalters.⁹⁸ Dabei wird TINA-Rhetorik auf der einen Seite auf ein Eponym, auf einen Ausweis einer entpolitisierten, neoliberalen Politik

94 Vgl. Greven, *Die politische Gesellschaft*; ders., Verschwindet das Politische in der politischen Gesellschaft?. Ferner: Dryzek, The Good Society versus the State. Aus linker, globalisierungskritischer Perspektive zum Beispiel: Unger, *Wider den Sachzwang*. Allgemeiner zu den Herausforderungen einer affirmativen Realitätsbeschreibung oder gar »Veredelung« vgl. Abromeit, *Wozu braucht man Demokratie?*, S. 163–206; Buchstein/Jörke, Das Unbehagen an der Demokratietheorie, S. 475.

95 Vgl. Scharpf, Monetary Union, Fiscal Crisis and the Preemption of Democracy; Enderlein, Das erste Opfer der Krise ist die Demokratie; Gamble, Neo-Liberalism and fiscal Conservatism.

96 Vgl. Streeck, Gekaufte Zeit; Hay/Watson, The Discourse of Globalisation and the Logic of No Alternative. Eine Ausnahme bildet Armin Schäfer, der auf die Geschichte der Krisentheorien zu Steuerung(un)fähigkeit des Staates in der kapitalistischen Gesellschaft verweist und einen diskursübergreifenden Problemaufriss anbietet. Schäfer: Krisentheorien der Demokratie.

97 Vgl. Charteris-Black, *Politicians and Rhetoric*. Hier finden sich mitunter Analysen auch von Thatcher und Blair. Allgemein: Wodak (Hg.), *Methods of Critical Discourse Analysis*; Fairclough, *Language and Power*; ders., *Analyzing Discourse*; leider nur cursorisch: Grond, *When Maggie speaks*.

98 Für den hiesigen Kontext sind beispielsweise relevant: Gamble, *The Spectre at the Feast*. Zum Phänomen einer Dominanz von Finanzmärkten über Wirtschaft und Gesellschaft Windolf, Was ist Finanzmarkt-Kapitalismus?; Schmidt/Thatcher (Hg.), *Resilient Liberalism in Europe's Political Economy*.

verengt⁹⁹ und im Zuge einer geostrategischen (Neo-)Liberalisierungspolitik im liberalen Zeitalter diskutiert, das auch Osteuropa erfasst habe.¹⁰⁰ Auf der anderen Seite wird die Komplexität und Ambivalenz neoliberaler Politik auch im Hinblick auf rhetorische Strategien diskutiert.¹⁰¹ Aus letzterem Blickwinkel lässt sich die Einsicht gewinnen, dass neoliberale Politik, auch aufgrund der essentiell pluralistischen, komplexen Natur von *Politics* in etablierten Demokratien, differenziert und in all ihren Paradoxien zu analysieren ist.

Für die Erarbeitung der Konstellationen von Sachzwang und Alternativlosigkeit sind diejenigen Studien erkenntnisleitend, die politische Diskursmuster mit politischen Strukturen verbinden und etwa das Verhältnis zwischen Alternativlosigkeit, Neoliberalisierung, Globalisierung und politischer Reformpolitik erörtern.¹⁰² Vor allem Colin Hay widmet sich den hier ausgewählten Fallbeispielen und diskutiert den Zusammenhang zwischen Beschwörungen der Alternativlosigkeit und Globalisierung,¹⁰³ Thatcherismus,¹⁰⁴ New Labour¹⁰⁵ und innerhalb westeuropäischer Staaten.¹⁰⁶ Hay problematisiert sowohl neoliberale Annahmen im Thatcherismus als auch

99 Vgl. Klein, *The Shock Doctrine*. Hier umgreift das politische Etikett neoliberal vor allem einen Komplott, oder weniger verschwörungstheoretisch: eine Elitenkollusion von *big business* und einer autoritären polit-bürokratischen Elite, die die jüngste Krise zu ihren Gunsten ausnutze. Kritischer erforscht ein Forscherverbund um Gary S. Schaal im BMBF Projekt »Postdemokratie und Neoliberalismus« auch TINA als ein Symptom einer sich ökonomisierenden Politik. Vgl. zu Thesen und Ergebnissen: Schaal/Ritzi, *Neoliberalismus und Postdemokratie*; Lemke, *Die Ökonomisierung des Politischen*; Lemke/Schaal/Ritzi (Hg.), *Die Ökonomisierung der Politik in Deutschland*.

100 Vgl. Ther, *Die neue Ordnung auf dem alten Kontinent*; Orenstein, *Reassessing the neo-liberal development model in Central and Eastern Europe*; Krastev/Pavlovsky/Zhurzenko, *The politics of no alternatives or How power works in Russia*. Dazu schon Afanassjew (Hg.), *Es gibt keine Alternative zu Perestroika*.

101 Vgl. Andersson, *Socializing Capital, Capitalizing the Social*; dies., *The Library and the Workshop*.

102 Kaufmann, *Der Sound des Sachzwangs*; Müller, *Globalisierung als Sachzwang*.

103 Vgl. Hay/Watson, *The Discourse of Globalisation and the Logic of No Alternative*; dies., *Globalisation. »Sceptical« Notes on the 1999 Reith Lectures*; Hay, *What's Globalisation Got To Do With It?*; Hay/Marsh, *Introduction: Demystifying Globalization*.

104 Vgl. Hay/Farrall, *Establishing the Ontological Status of Thatcherism by Gauging Its »Periodisability«*; Hay, *Whatever happened to Thatcherism?*; ders., *The Winter of Discontent*.

105 Vgl. Hay, *Negotiating International Constraints*.

106 Vgl. Hay/Rosamond, *Globalization, European Integration and the Discursive Construction of Economic Imperatives*.

im Dritten Weg¹⁰⁷ und wirft immer wieder die Frage nach einer strategisch motivierten Verschleierung existenter Handlungsspielräume auf.

Seine Panoramen ermöglichen eine Analyse politischer *Strategien*, die zwischen *Policies* und Rhetorik zu vermitteln vermag.¹⁰⁸ TINA kann sodann als Reformstrategie gedeutet werden,¹⁰⁹ vor allem als ein Mechanismus von *blame avoidance*.¹¹⁰ Zur Kommunikation unliebsamer Reformen, wie etwa des Rückbaus wohlfahrtsstaatlicher Leistungen, liegen zahlreiche Studien vor,¹¹¹ deren konzeptionelle und analytische Zusammenführung Georg Wenzelburger und Pascal König vornehmen.¹¹² Als Rechtfertigungsstrategien und Legitimationspraktiken thematisiert die Forschung nicht nur Verweise auf Notwendigkeit oder Sachzwänge, sondern auch auf Evidenz.¹¹³ Solche Konstruktionen epistemischer Sicherheiten sind ferner als Phänomen wissenschaftlicher Politikberatung und einer allgemeinen Verwissenschaftlichung von Politik zu verstehen.¹¹⁴ Allerdings problematisiert die sozialwissenschaftliche Forschung längst jene naive, einem obsoleten Fortschrittsoptimismus verpflichtete Vorstellung einer *truth*, die Wissenschaft an machtbasierte Politik vermitteln könne,¹¹⁵ und diagnostiziert stattdessen eine »Dialektik der Verwissenschaftlichung«.¹¹⁶

Sachzwang und Alternativlosigkeit werden in den Kontext größerer gesellschaftstheoretischer Panoramen integriert, so beispielsweise auch als

107 Vgl. Hay, The normalizing role of rationalist assumptions.

108 Vgl. als Bestandsaufnahme des Forschungsstands und als innovative Synthese: König/Wenzelburger, Towards a Theory of Political Strategy in Policy Analysis.

109 Vgl. Weaver, The Politics of Blame Avoidance; Vis/van Kersbergen, Why and How Do Political Actors Pursue Risky Reforms. Konkret im hiesigen Kontext: Schmidt, Values and Discourse in the Politics of Adjustment; Delhees et al., *Wohlfahrtsstaatliche Reformkommunikation*.

110 Vgl. Pierson, *Dismantling the Welfare State?*; ders., The New Politics of the Welfare State.

111 Vgl. vor allem: Armingeon/Giger, Conditional Punishment; Giger/Moira, The Electoral Consequences of Welfare State Retrenchment; Vis/van Kersbergen, Why and How Do Political Actors Pursue Risky Reforms; Zohlnhöfer, The Politics of Budget Consolidation in Britain and Germany.

112 Vgl. König/Wenzelburger, Towards a Theory of Political Strategy in Policy Analysis.

113 Vgl. Rüb/Straßheim, Politische Evidenz.

114 Vgl. Morandi, Von »alter« liberaler Regierungsführung zu »neoliberaler« Governance; ders., Zur Geschichte der Technokratie; Schuppert/Voßkuhle (Hg.), *Governance von und durch Wissen*; Krick, *Regieren mit Gipfeln*.

115 Wildavsky, *Speaking Truth to Power*; Mayntz, Speaking Truth to Power. Mayntz kritisiert wissenschaftliche Komplexitätsreduktion zugunsten politischer Verwertbarkeit.

116 Vgl. Bonß, Riskantes Wissen?

Beschleunigungsphänomen¹¹⁷ oder als Symptom eines *Normalismus*, bei dem TINA-Rhetorik mal Machtverschleierung,¹¹⁸ mal Kontingenzverschleierung oder Entpolitisierung¹¹⁹ zu verkörpern scheint. Inwiefern solche Strategien oder Techniken einer politischen Dynamik unterliegen, bleibt eine offene Frage.

Zu den hier ausgewählten Einzeldiskursen, die diese Frage erhellen können, liegt eine Fülle an Studien vor. Will man den Prolog zum technokratischen Konservatismus sowie die drei Fallbeispiele Thatcherismus, Dritter Weg und EU-Krise auf den Aspekt von Sachzwang und Alternativlosigkeit hin systematisch erfassen und kartographieren, lässt sich der Forschungsstand wie folgt skizzieren:

Die Kritik an einem technokratischen und expertokratischen Demokratiebegriff rekurriert in der Debatte zu Alternativlosigkeit und Sachzwang im deutschen Sprachraum immer wieder auf Helmut Schelskys Vortrag »Der Mensch in der wissenschaftlichen Zivilisation«, der die Debatte um Sachgesetzmäßigkeiten in der technischen Gesellschaft anstieß.¹²⁰ Da die Technokratiedebatte eine zentrale Kontroverse seit Beginn der 1960er Jahre war, ist die Forschungsliteratur zum »technischen Staat« und zur Technisierung der Gesellschaft erschöpfend.¹²¹ Einen detaillierten Überblick über Diskussionslinien der 1960er, 1970er und 1980er Jahre bietet beispielsweise die Arbeit Teuschs.¹²²

Die bis heute nachwirkende Kontroverse um technische Sachzwänge bei Schelsky lässt sich anhand verschiedener Diskussionsstränge strukturieren: Sie behandelt erstens den »technokratischen Konservatismus«¹²³ als Wahlverwandtschaft zwischen Helmut Schelsky, Hans Freyer, Ernst Forst-

117 Rosa, *Beschleunigung*.

118 Vgl. Link/Loer/Neuendorff (Hg.), »Normalität im Diskursnetz soziologischer Begriffe, Bourdieu, Die unsichtbare Hand der Mächtigen.

119 Vgl. Selk, Die Politik der Entpolitisierung als Problem der Politikwissenschaft und der Demokratie; Kempf, Schicksal, Vorsehung und Kontingenz als politische Motive. International: Foster/Kerr/Byrne, Rolling back to roll forward.

120 Schelsky, Der Mensch in der wissenschaftlichen Zivilisation.

121 Vgl. Koch/Senghaas (Hg.), *Texte zur Technokratiediskussion*; Delschen/Gieraths (Hg.), *Philosophie der Technik*; Knobloch, Moralisierung und Sachzwang; Treu, *Sachzwang – die eindimensionale Logik der Industriegesellschaften*; Teusch, *Freiheit und Sachzwang*; Burisch, *Ideologie und Sachzwang*; Dubiel, Politik und Technik; Schüler-Springorum, *Wider den Sachzwang*; Saage, *Utopische Profile*.

122 Vgl. Teusch, *Freiheit und Sachzwang*.

123 Dieses politische Etikett prägten Greiffenhagen und Saage. Vgl. Saage, Staat, Technik und Gesellschaft im Neokonservatismus; Greiffenhagen, *Das Dilemma des Konservatismus in Deutschland*, insbes. S. 316.

hoff und Arnold Gehlen. Zweitens wird über die Frage gestritten, ob Politik im technischen Staat ideologiefrei sei, Sachzwang im Namen der Technik eine »Entideologisierung« herbeiführe oder schließlich selbst Ideologie sei.¹²⁴ Drittens werden die Folgen einer Technisierung und Verwissenschaftlichung der Gesellschaft¹²⁵ für eine moderne Gesellschaft- und Staatstheorie und viertens die generelle Frage nach Kontingenz und Freiheit in der modernen Politik eruiert.¹²⁶ Jüngste Forschung widmet sich dem vielschichtigen und spannungsreichen Denken Schelskys sowohl aus ideengeschichtlicher als auch intellektuellenbiographischer Blickrichtung.¹²⁷

Im Falle des Thatcherismus ist die politikwissenschaftliche Beschäftigung mit Thatchers Politik und Rhetorik mannigfaltig, denn: »Margaret Thatcher's effect on British politics, or at least on British political scientists is clear; the study of Thatcherism became an academic and journalistic industry.«¹²⁸ Doch aus den unzähligen Studien zum politischen Phänomen Thatcherismus¹²⁹ stechen für die hiesige Fragestellung einige hervor: Stuart Hall untersuchte als Vertreter der *cultural studies*, wie sich das politische Projekt der konservativen Partei unter Thatcher als das scheinbar einzig mögliche darstellen konnte und prägte den Begriff eines thatcheristischen Projekts.¹³⁰ Neben der kulturwissenschaftlich grundierten Perspektive, die diskursanalytisch durch Norman Fairclough ergänzt wird,¹³¹ verdeutlicht

124 Stellvertretend für diese Positionen Habermas, *Technik und Wissenschaft als Ideologie*; Lenk (Hg.), *Technokratie als Ideologie*; Dubiel, Politik und Technik; Burisch, *Ideologie und Sachzwang*.

125 So zum Beispiel bei Süß/Schroeder (Hg.), *Technik und Zukunft*.

126 Vgl. Sontheimer, Primat der Politik und technischer Sachzwang; Greven, »Staat« als Ideologie und Utopie; Dubiel, Politik und Technik; Lübke, Zur politischen Theorie der Technokratie.

127 Vgl. Gallus (Hg.), *Helmut Schelsky – der politische Anti-Soziologe*. Dem Sammelband kommt das Verdienst zu, die in früheren Kontroversen verschütteten Widersprüche Schelskys aufzuzeigen und diesen Denker zu erhellen als: »Soziologe und Anti-Soziologe, Poet der Sachlichkeit und Polemiker, Hochschulgründer und Hochschulkritiker, Empiriker und Theoretiker, Sozialforscher und Sozialphilosoph, Gläubiger und Skeptiker, Konservativer und Progressiver, Intellektueller und Anti-Intellektueller.« Gallus, Schillernder Schelsky, S. 15.

128 Marsh/Rhodes, zitiert nach Kerr, *Postwar British Politics*, S. 6.

129 Zum Beispiel sind hier zu nennen: Jessop/Bonnett/Bromley/Ling, *Thatcherism*; Jessop, Politik in der Ära Thatcher; Kavanagh, *Thatcherism and British Politics*; Letwin, *The anatomy of Thatcherism*; Vinen, *Thatcher's Britain*; Jenkins, *Thatcher and Sons*; ders., Es gibt keinen Blairismus.

130 Hall/Jacques, *The Politics of Thatcherism*; Hall, *The Hard Road to Renewal*.

131 Vgl. Fairclough, *Language and Power*; ders., *Critical Discourse Analysis*.

Andrew Gamble in seiner bis heute wegweisenden Studie die Verschränkung ökonomischer, moralischer und staatstheoretischer Auffassungen des Verhältnisses von Staat und Markt im Thatcherismus und veranschaulicht, dass die Forderung nach einem starken Staat die nach einer freien Marktwirtschaft komplementiert.¹³²

Die Genese dieser Konstellation und des Thatcherismus als politisches Projekt ist in den Kontext britischer Politikgeschichte einzuordnen. Hier lässt sich die forschungsinterne Kontroverse, ob sich im Thatcherismus ein abrupter und radikaler Paradigmenwechsel¹³³ oder eine pfadabhängig kumulierte, durch Kontinuitäten und inkrementellen Wandel zu kennzeichnende Politik¹³⁴ manifestiert, durch die Verbindung von Ideen, Diskursen und Institutionen auflösen. Diese Verbindung vollziehen beispielhaft Peter A. Hall und Colin Hay.¹³⁵

Auch in Deutschland fand und findet eine Auseinandersetzung mit Thatcher statt.¹³⁶ Noch immer treffend ist Claus Offes konzise Analyse der thatcheristischen Politik im Kontext eines beobachtbaren Wandels von Staatsaufgaben,¹³⁷ deren Einsichten zu britischen Herrschafts- bzw. Governance-Strategien überleiten.¹³⁸ Während politikwissenschaftliche Vergleichsanalysen die Langzeiteffekte von Reformen unter Thatcher in den Blick nehmen,¹³⁹ finden sich auch politische Plädoyers für einen Export der britischen »Rosskur«.¹⁴⁰ Für den hiesigen Kontext ist weniger die politische Gretchenfrage der Affirmation oder Verurteilung britischer

132 So Gamble, *The Free Economy and the Strong State*.

133 Vgl. Hall, *The Hard Road to Renewal*; Wolfe, *State Power and Ideology in Britain*; O'Shea, *Formations of Nations and People*; Letwin, *The anatomy of Thatcherism*; Jenkins, *The Thatcher Revolution*.

134 Vgl. Jessop/Bonnett/Bromley, *Farewell to Thatcherism?*; Marsh/Rhodes (Hg.), *Implementing Thatcherite policies*; zur These kumulativer Radikalisierung Kerr, *Postwar British Politics*.

135 Vgl. dazu Hay, *The »Crisis« of Keynesianism and the Rise of Neoliberalism in Britain*. Hall rekonstruiert die Voraussetzungen und Konditionen von *Policy Change* in den 1970ern; vgl. immer noch als *state of the art*: Hall, *Policy Paradigms, Social Learning, and the State*.

136 Vgl. Sturm (Hg.), *Thatcherismus*; Borchert, *Die konservative Transformation des Wohlfahrtsstaates*.

137 Offe, *Die Aufgabe von staatlichen Aufgaben*.

138 Vgl. Stoker, *Transforming Local Governance*; Pollitt/Bockaert, *Public Management Reform*.

139 Vgl. Hay/Farrell (Hg.), *The Legacy of Thatcherism*; Jackson/Saunders (Hg.), *Making Thatcher's Britain*.

140 Seinerzeit prominent: Geppert, *Maggie Thatchers Rosskur*; vgl. zu einer kritische Diskussion der thatcheristischen Ära die Nachrufe nach ihrem Tod im April 2013.

Reformpolitik relevant, als vielmehr die Frage einer sich entwickelnden *Governance-Strategie* der »Depolitisierung«,¹⁴¹ einem Wechsel von *Government* zu *Governance* und einer möglichen Pfadbefolgung durch New Labour.

Auch die Forschung zum *Dritten Weg* als sozialdemokratische Modernisierung ist ein *Business*, mit dem Sozialwissenschaftler zuweilen politische Rechnungen zu begleichen scheinen, selbstredend mit zahlreichen Ausnahmen.¹⁴² Will man hier das Feld nur auf Alternativlosigkeitsfiguren bei New Labour hin sortieren, lassen sich folgende Perspektiven ausmachen: Auf der einen Seite die der Anhänger,¹⁴³ die in politischen Manifesten publizistisch intervenieren und die Alternativlosigkeit des Projekts beglaubigen,¹⁴⁴ auf der anderen Seite die einer innerparteilichen Opposition und Kritik der politischen Linken, welche die neue Sozialdemokratie als richtungslos oder entscheidungsunfähig kritisiert.¹⁴⁵ Jenseits dieser politischen Publizistik, die zuweilen in wissenschaftlichen Analysen durchschlägt, widmet sich ein Strang der Forschungsliteratur dem spannungsreichen Verhältnis von Drittem Weg und Sozialdemokratie¹⁴⁶ und diskutiert dieses als Verhältnis eines postideologischen Pragmatismus.

Auch hier lässt sich eine kontroverse Auseinandersetzung erkennen: Manche Autoren interpretieren New Labour als bloße Fassade eines politischen Neuanfangs, so zum Beispiel als Resultat des *Spins*, der PR-Strategie der Partei.¹⁴⁷ Andere betonen hingegen die Kontinuität zwischen *Old* und *New Labour*.¹⁴⁸ Kritiker erkennen zudem Kontinuitäten zur

141 Burnham, Depoliticisation.

142 In Deutschland vgl. Butterwegge, *Krise und Zukunft des Sozialstaates*. Davon sieht die jüngste und hier instruktive Bilanz des »New Labour Experiments« ab: Faucher-King/Le Galès, *The New Labour Experiment*. Schon früher gibt es um Objektivität bemühte Einordnungsversuche: Kastendiek/Stinsdorff/Sturm (Hg.), *The Return of Labour*.

143 Vgl. Mandelson/Liddle, *The Blair Evolution*; Gould, *The Unfinished Revolution*. Dazu kommen zahlreiche Veröffentlichungen der Labour-nahen *Think Tanks* wie Demos, Nexus etc.

144 Vgl. Blair, *The Third Way*; Blair/Schröder, *Europe: The Third Way/Die Neue Mitte*; Blair, *Let Us Face the Future*; ders., *New Britain*.

145 Vgl. Coates, *Labour Governments*; wieder aus kulturwissenschaftlich-marxistischer Perspektive: Hall, *The Great Moving Nowhere Show*.

146 Vgl. Judt, *The Third Way to What?*; Schönwälder, *Konturen eines »Dritten Weges«*; Gamble/Wright (Hg.), *The New Social Democracy*; Driver/Martell, *New Labour*; Giddens, *The Third Way*.

147 Vgl. dazu Fairclough, *New Labour, New Language?*; kritisch auch: Bayley, *Labour Camp*.

148 Vgl. Bale, *The logic of no alternative?*; Coates, *Labour Governments*; Morgan, *New Labour in Historical Perspective*; Rubinstein, *A New Look at New Labour*. Dazu: Larkin, *New Labour in Perspective*; Driver/Martell, *From Old to New Labour*; Allender,

thatcheristischen Politik.¹⁴⁹ Sowohl die Wirkung des Thatcherismus, als auch die einer Politik der Alternativlosigkeit in Großbritannien und die These von Thatcher als Wegbereiterin von New Labour analysieren zum Beispiel Blank, Shaw und Jenkins.¹⁵⁰ In der politikwissenschaftlichen Analyse jener Diagnose politischer Konvergenz erfährt insbesondere das Verhältnis des Dritten Wegs zu einer vorgeblich marktaffinen Wirtschaftspolitik kritische Aufmerksamkeit.¹⁵¹

Über die Frage konkreter *Policies* hinaus ist die sozialwissenschaftliche Theorie einer Politik jenseits der politischen Raumteilung von Rechts und Links bei Anthony Giddens als Vordenker des Dritten Weges ein Untersuchungsgegenstand.¹⁵² Giddens liefert Angriffspunkte für die Kritik beispielsweise von Norman Fairclough und Chantal Mouffe,¹⁵³ die beide einen Zusammenhang zwischen der britischen beziehungsweise europäischen Politik des Dritten Weges und dem »Mantra der Globalisierung«¹⁵⁴ diskutieren. Giddens, aber auch andere Soziologen setzen den normativen Verteidigungen der politischen Konfliktlinie von Links/Rechts als Topographie des politischen Raums¹⁵⁵ einen empirisch beobachtbaren Bedeutungswandel der politischen (Wahl-)Orientierung entgegen.¹⁵⁶ Folglich ist der Konnex zwischen einer politischen Theorie zur Verabschiedung traditioneller *Cleavages* und der sozialdemokratischen Revision unter New Labour wichtig: Giddens agiert mit seiner Theorie der Moderne, seinem

What's new about »New Labour? Weiterhin: Kinnock, New? We've always been new; zur Parteigeschichte: Harrison, Labour Party History.

149 Vgl. hierzu die Marxism Today, Spezialausgabe November/Dezember 1998; Hay, *The Political Economy of New Labour*; Panitch/Leys, *The End of Parliamentary Socialism*; dazu die Diskussion in: Tomlinson, *Nothing New Under the Sun?*

150 Vgl. Blank, *From Thatcher to the Third Way*; Shaw, *Losing Labour's soul?*; Jenkins, *Thatcher and Sons*; ders., Es gibt keinen Blairismus. Vgl. auch Jessop, New Labour or the Normalization of Neo-liberalism.

151 Vgl. Collins, A game of give and take; Jessop, Die Erfahrungen mit New Labour.

152 Vgl. z. B. Giddens, *Jenseits von Links und Rechts*; ders.: *The Third Way*; ders.: There is no alternative – the Third Way is the only way forward.

153 Vgl. Fairclough, *New Labour, New Language?*; Mouffe, *Über das Politische*. Auch bei Ulrich Beck findet sich eine für die Fragestellung relevante Diskussion, auf die später Mouffe reagiert. Vgl. Beck, Das Zeitalter der Nebenfolgen und die Politisierung der Moderne.

154 Nonhoff, Diskurs, radikale Demokratie, Hegemonie – Einleitung, S. 19.

155 Vgl. Bobbio, *Left and Right*; Mouffe: *Über das Politische*.

156 Vgl. Blundell/Goschalk, *Beyond Left and Right*.

Begriff der reflexiven Modernisierung und Strukturation als ein Stichwortgeber einer TINA-Rhetorik.¹⁵⁷

Wie bereits angeklungen, ist der Diskurs von New Labour keineswegs ein singular britischer, sondern in den Kontext eines globalen, europäischen Dritten Weges eingebettet.¹⁵⁸ Daher werden andere europäische Dritte Wege untersucht,¹⁵⁹ die Exportfähigkeit von Reformstrategien¹⁶⁰ sowie mögliche Kooperationsstrategien innerhalb Europas und der Welt¹⁶¹ eruiert. Für zahlreiche Beobachter stellten jene sozialdemokratischen Regierungen die Weichen der Neoliberalisierung nicht um, sondern verfolgten weiterhin eine Politik der Deregulierung. Sodann tritt der Nexus zwischen dieser politischen Konstellation und der wissenschaftlichen Suche nach mittelbaren Krisenursachen hervor.

Das vierte Fallbeispiel konzentriert sich auf eine Analyse der TINA-Rhetorik als Instrument in der Krise der Eurozone. Die Forschungsliteratur zum historischen Integrationsprozess der Europäischen Union¹⁶² sowie zu Strukturen, Verfahren und Herausforderungen für das *Policy-Making* innerhalb einer solchen Governance-Architektur ist immens.¹⁶³ Hier ist vor allem die Perspektive Fritz Scharpfs instruktiv, der immer wieder Handlungsspielräume innerhalb dieser institutionellen Architektur untersucht.¹⁶⁴ Bei der Verschränkung von Politik, Diskurs, Institutionen und *Policies* in der Krise seit 2008 kann die hiesige Untersuchung auf

157 Vgl. Giddens, *Konsequenzen der Moderne*; ders., *The Third Way*; ders., *The Third Way and its Critics*; ders., *Runaway World*; ders., *The Politics of Climate Change*. Vgl. zur Kritik zum Beispiel Hildebrand/Martell, *The Negation of Power*.

158 Aus britischer Perspektive auf den Dritten Weg als europäisches Phänomen: Clift, *Third Way or Realisme de Gauche?*; ders., *New Labour's Third Way and European Social Democracy*.

159 Beispielhaft seien hier genannt: Jun/Celikates, *Die Transformation der Sozialdemokratie*; Merkel, *Der »Dritte Weg« und der Revisionismusstreit der Sozialdemokratie am Ende des 20. Jahrhunderts*; Sturm, *Der »dritte Weg« – Demokratie im Zeitalter der Globalisierung*; Hirscher/Sturm (Hg.), *Der sogenannte »Dritte Weg«*.

160 Vgl. Leisering/Hilkert, *Von Großbritannien lernen?*.

161 Vgl. dazu die einschlägige Textsammlung in Giddens (Hg.), *The Global Third Way Debate*.

162 Beispielsweise: Dedman, *The Origins and Development of the European Union, 1945–2008*. Für Erklärungsmodelle und eine Interpretation der entscheidenden Wendepunkte der europäischen Integrationsgeschichte aus liberal-intergouvernementalistischer Perspektive: Moravcsik, *The Choice for Europe*; zur Integrationstheorie Wiener/Dietz, *European Integration Theory*.

163 Vgl. nur beispielhaft Wallace/Pollack/Young (Hg.), *Policy-Making in the European Union*.

164 Vgl. Scharpf, *Governing in Europe*.

zahlreiche Analysen der Krise zurückgreifen.¹⁶⁵ Diese vertreten die These eines persistenten Neoliberalismus,¹⁶⁶ diskutieren die Paradoxa und unerwarteten Wendungen europäischer Politik¹⁶⁷ und die These einer ordoliberalen Tendenzwende¹⁶⁸ oder problematisieren innereuropäische Verwerfungen.¹⁶⁹

Angesichts einer allgemein omnipräsenten Krisenrhetorik diskutiert die Forschung über gegenwärtige Ereignisse hinaus den Begriff der Krise und die politische Funktionalität von Krisennarrationen und –kommunikation.¹⁷⁰ An diese Problematisierung anknüpfend lässt sich die Frage nach Gelegenheitsfenstern (»windows of opportunity«) für Policy-Wandel verfolgen und Kommunikationsmuster in Krisen¹⁷¹ vor dem Hintergrund einer Rhetorik der Alternativlosigkeit analysieren.

Somit schließt sich hier der Kreis zu der eingangs thematisierten Problematik einer internationalisierten, finanzmarktdominierten Wirtschaft und einem in der Globalisierung kleiner werdenden demokratischen Handlungsspielraum. Der Forschungsstand zeichnet sich durch eine Kontroverse aus:¹⁷² Für die These des Sachzwangs, der Einschränkung der politischen Autonomie finden sich bereits Anfang der 1990er einschlägige Arbeiten.¹⁷³ Kritiker der pessimistischen Zuspitzung politischer Steuerungsunfähigkeit argumentieren hingegen mit Verweisen auf eine offene Makroökonomie und das unmögliche Dreieck, »die dilemmatische Trini-

165 Vgl. Gamble, *The Spectre at the Feast*.

166 Vgl. prominent: Crouch, *Das befremdliche Überleben des Neoliberalismus*.

167 Vgl. pars pro toto: Gamble, Neo-Liberalism and fiscal Conservatism; ders., *Crisis Without End?*.

168 So Biebricher, The Return of Ordoliberalism; ders., Europe and the Political Philosophy of Neoliberalism.

169 Vgl. Schmidt, Speaking to the Markets or to the People?.

170 Vgl. allgemein: Tarrow, *Power in Movement*; Keeler, Opening the Window for Reform; Stone, *Policy Paradox*; Hay, *Political Analysis*. Zur These einer kriseninduzierten Stärkung des Neoliberalismus Klein, *The Shock Doctrine*. Vgl. hierzu an Fallbeispielen: Alink/Boin/t'Hart, Institutional Crises and Reforms in Policy Sectors; Brändström/Kuipers, From »Normal Incidents« to Political Crises.

171 Vgl. t'Hart, Symbols, Rituals and Power.

172 Vgl. dazu Helleiner, The Evolution of the International Monetary and Financial System, S. 182.

173 Vgl. Streeck (Hg.), *Internationale Wirtschaft, nationale Demokratie*; Gill/Law, Global Hegemony and the Structural Power of Capital; McKenzie/Lee, *Quicksilver Capital*; Kurzer, *Business and Banking*; Cerny, The Dynamics of Financial Globalization; Sinclair, Between State and Market; Harmes, Institutional Investors and the Reproduction of Neoliberalism; Friedmann, *The Lexus and the Olive Tree*.

tät«, von Wechselkursstabilität, Autonomie nationaler Geldpolitik und Kapitalmobilität, zwischen denen stets ein *Trade-off* stattfinden müsse.¹⁷⁴ Der disziplinierende Effekt von globalisierten Kapitalmärkten sei übertrieben,¹⁷⁵ beispielsweise sei die Einführung der Kapitalflusskontrolle in Malaysia 1998 doch ein Indiz für politische Handlungsfähigkeit auch angesichts des volatilen, krisengeschüttelten Kapitalmarktes gewesen.

Bei der Suche nach einer politisch wirksamen Internalisierung von vermeintlichen Sachzwängen sticht aus dieser Forschungsdebatte die Arbeit Layna Mosleys heraus, die zeigt, dass internationale Finanzmarktakteure vor allem an Inflationsraten und an aggregierten Niveaus von Fiskaldefiziten interessiert sind, aber nicht an Staatsausgaben, Steuerhöhe oder an politischer Orientierung. In ihrer empirischen Studie von 2003, also zur Hochzeit politischer Beschwörungen einer Zwangslage aufgrund internationaler Kapitalmobilität, vergleicht Mosley die artikulierten Präferenzen von Marktteilnehmern mittels zahlreicher Interviews mit den tatsächlich umgesetzten Präferenzen von Marktteilnehmern anhand einer statistischen Analyse von Investitionsentscheidungen. Artikulierte Interessen sind *nicht* mit Handlungen deckungsgleich. Auf der einen Seite hat die Deregulierung und Liberalisierung der Finanzmärkte die Schnelligkeit, Wirkung, Bedeutung und den Einfluss der Entscheidungen von Investoren auf die Entscheidungen von Politikern gesteigert. Auf der anderen Seite zeigt Mosley, dass Akteure des Kapitalmarkts weniger gut informierte Risikoeinschätzungen treffen als allgemein angenommen wird.¹⁷⁶ Nur ein begrenztes *Policy-Feld* sei für Investitionsentscheidungen auf dem internationalen Kapitalmarkt handlungsanleitend; in Zeiten des globalisierten Finanzmarkts bestehe weiterhin Handlungsspielraum.¹⁷⁷ Allerdings verringere sich dieser bei Staatsverschuldungen jenseits der 10 Prozent von Bruttoinlandsprodukt, denn von dieser Marge an seien negative Effekte auf die Wohlfahrtsentwicklung zu erkennen.¹⁷⁸ Hier wiederum kann die Analyse der Krisenpolitik seit 2008 ansetzen.

174 Vgl. Andrews, *Capital Mobility and State Autonomy*.

175 Vgl. Hay/Watson, *Rendering the Contingent Necessary*; Hay/Rosamond, *Globalization, European Integration and the Discursive Construction of Economic Imperatives*; Swank, *Withering Welfare?*; Mosley, *Global Capital and National Governments*.

176 Vgl. Hay, *Globalization's Impact on States*, S. 278f.

177 Vgl. Mosley, *Global Capital and National Governments*, S. 305. Dies gilt aber laut Mosley nicht im gleichen Maße für Entwicklungs- und Schwellenländer, dort bemühen sich Investoren um eine fundierte Risikokalkulation.

178 Vgl. Swank, *Withering Welfare?*; Hay, *Globalization's Impact on States*, S. 279.